

Radikale Philosophie: Erwartungen, Ernüchterungen, Perspektiven¹

Abstract:

Ich beginne mit einem kurzen Problemaufriss entlang der Stichworte im Titel dieses Vortrags. Danach beginne ich meine Überlegungen mit einem kurzen Blick auf den Niedergang einer Politik in der Tradition der alten politischen Linken. Das mündet in die Frage, ob - angesichts multipler Krisendrohungen und der Gefahren eines augenscheinlich tatsächlich heraufziehenden „autoritären 21. Jahrhunderts“ -wirklich Kein Licht am Ende des Tunnels zu sehen ist. Daran schließe ich Überlegungen zu einer neuerliche Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne an. Frieder O. Wolfs These, dass es dagegen um das „Selbertun“ der Menge der Vielen geht, kommt hier zum ersten Mal ins Spiel. Verknüpft mit knappen Exkursen - zur drohenden Klimakrise, den ökonomischen und sozialen Herausforderungen im Zeichen weiter fortschreitender Digitalisierung und massiver Entwicklungsschübe auf dem Feld der sogenannten Künstlichen Intelligenz sowie wachsender geopolitischer Risiken, unter anderem im Zeichen der Wiederkehr eines national-chauvinistischen, imperialistischen Denkens - geht es danach um die ökosoziale Transformation als zentrale Herausforderung. Hier stellt sich die Frage nach praktischen Ansatzpunkten an. Den großen alternativen Entwurf sehe ich nicht. Angesichts multipler Krisendrohungen käme er als sozusagen fertiger Entwurf geradezu einer „Quadratur des Kreises“ gleich. Ich plädiere für einzelne radikaldemokratische Schritte, und ich setze mich kritisch mit sozialwissenschaftlichen Argumentationen auseinander, die sich gegenüber radikalen Veränderungsimpulsen darauf beschränken, allein die ja unbestreitbar massiven Beharrungskräfte dagegen hervorzuheben – und so angesichts der immensen Herausforderungen der Zeit im Grunde nur zu eher resignativen Haltungen ihnen gegenüber beitragen. Erst danach komme ich noch einmal mit einer kleinen philosophischen Reflexion auf Wolfs Radikale Philosophie zurück, also auf eine radikale Herrschaftskritik, die gegen eine solche Haltung darauf drängt, Überlegungen anzustellen und weiterführende Fragen aufzuwerfen, die dazu verhelfen können, sich unabhängig von den vorgefundenen Bedingungen zu machen, die vielen unausweichlich erscheinen und deshalb tiefgreifende Veränderungen verhindern.

1. Einleitende Bemerkungen

Ich bin Frieder Wolf *Radikaler Philosophie* (Wolf 2002) im Jahr des Erscheinens des Buches begegnet. Damals hat zwischen uns eine längere Zeit recht intensiver Zusammenarbeit im Rahmen des von uns mit begründeten *Forum Neue Politik der Arbeit* begonnen. Besonders wichtig gewesen ist mir die Einsicht in die Notwendigkeit der stetigen Prüfung der ‚spontanen‘ philosophischen Voraussetzungen meiner eigenen wissenschaftlichen Arbeit (rückblickend Martens 2019). Auch dass Wolf die Funktion seines radikal herrschaftskritischen Denkens wesentlich darin sieht, weiterführende Fragen im politischen Prozess unserer Gesellschaft aufzuwerfen und sich nicht länger an den in der Philosophie traditionsreichen Anstrengungen um die Beantwortung letzter Seins- und Sinnfragen abzuarbeiten (Wolf 2002, 92ff), schien mir damals sehr einleuchtend – zumal die ohnehin nie abschließend zu klären sind (Mar-

¹ Verschriftete Fassung des am 18.11. auf dem Online-Meeting *Radical Philosophy in the Crisis of the 21st Century: Emerging Perspectives*. gehaltenen Vortrags Ausführlicher zu meinem durch Wolfs *Radikale Philosophie* und dieses Meeting inspirierten Blick zurück und nach vorn *In beunruhigender und unheimlicher Zeit* siehe Martens 2023b.

tens 2020a). Seine Radikale Philosophie will stattdessen *Brückendiskurse* initiieren, die es den Menschen erleichterten, eine zielführende Verständigung mit Blick auf Aufklärung und Befreiung in der neuen Zeit zu erreichen. Gegenüber seinen prinzipiell also gleichermaßen zu philosophischem Denken und Fragen befähigten Zeitgenossen geht es ihm zufolge um Wahrheitspolitik, also darum, was Philosophie für die Klärung von Wahrheitsfragen beitragen kann (Martens 2003).²

Ich belasse es bei diesen wenigen Stichpunkten – allen, die an diesem Meeting teilnehmen, wird Frieders *Radikale Philosophie* ja geläufig sein. Mich haben sie seinerzeit sehr überzeugt. Allerdings: in den letzten Jahren habe ich vornehmlich philosophisch und literarisch gearbeitet – und diese Arbeit hat mich doch wiederholt auch mit einigermaßen grundlegenden Sinnfragen konfrontiert (Martens 2020a, 2022a). Als Nicht-Philosoph hatte ich da wohl Nachholbedarf. Auch vor dem Hintergrund solcher Akzentverlagerungen in meiner Arbeit komme ich am Schluss dieses Vortrags noch einmal auf diese Eingangsbemerkungen zurück.

Seinerzeit jedenfalls hat sich zwischen uns eine langjährig sehr intensive Zusammenarbeit bei dem Versuch entwickelt, zusammen mit anderen solche *Brückendiskurse* zwischen gewerkschaftsnaher Wissenschaft, Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen im Hinblick auf eine *Neue Politik der Arbeit* (www.fnpa.eu) zu initiieren. Wir sahen dafür gute Chancen, haben aber doch nur sehr begrenzte Resonanzen auslösen können und sind am Ende, so kann man vielleicht sagen, ‚erfolgreich gescheitert‘.³ Unsere Konzentration auf die Herausforderungen und Chancen *Neuer Arbeit in einer neuen Zeit* verweist im Übrigen darauf, dass für unser Denken die Anknüpfung an die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie in ihrem Kern immer noch orientierend gewesen ist – und weiterhin blieb. Die Absicht, Gewerkschaften und neue soziale Bewegungen zur Mitarbeit auf unserer Dialogplattform zu bewegen, zeigt aber zugleich, dass wir von orthodoxen Orientierungen auf eine Arbeiterklasse im hegelmарxistischen Sinne längst einigermaßen weit entfernt gewesen sind. Trotz erster Ernüchterungen also hat Wolf seine durch seine *Radikale Philosophie* geprägten Reflexionen *über Krisen und Alternativen* nach der Weltfinanzkrise, als ökonomische und soziale Krisendrohungen sich ernstlich abgezeichnet haben, noch unter die Überschrift einer *Rückkehr in die Zukunft* gestellt, also der Zukunft, die wir in unseren Aufbruchsjahren um 1968 herum (Wolf 2012) als realistisch vor uns liegend gesehen haben.

Heute, nochmals zehn Jahre später, kann man sagen, dass die Lage unserer *westlichen Zivilisationsgemeinschaft*, von deren vielleicht letzter Chance Hannah Arendt (1974) schon vor über fünfzig Jahren gesprochen hat, eher zunehmend finster aussieht. An die Aktivist*innen von *Fridays for future* gerichtet, hat Wolf (2020) in einem Aufruf *Bleibt mutig!* angesichts der Klimakrise geschrieben: *Die Aufgabe ist ebenso dringlich - wie unmöglich zu lösen. Und dennoch ist sie immer wieder anzugehen –*

² Für mein Verständnis von Wahrheitspolitik ist das philosophische Denken Michel Foucaults maßgeblich. Vgl. zu meiner Foucault-Rezeption Martens 2020b, 147 bis 176.

³ Zu meinem Verständnis dieser Formulierung siehe Martens 2023a und b.

und es ist dafür zu kämpfen, sie wieder lösbar zu machen. Und nach einer knappen Skizze der Lage schreibt er damals weiter: *Zugleich bleibt es möglich, eine Politik der Aufklärung zu betreiben, um auch die genannten Herrschaftsstrukturen konkret und wirksam politisch zu thematisieren.* Einmal mehr geht es ihm um umfassende Herrschaftskritik – *und dies auf eine Weise, welche die ideologischen Filterblasen durchbricht.* Ich selbst sehe die Möglichkeiten dazu, den Herausforderungen radikaler Philosophie gerecht zu werden, heute ebenfalls ernüchterter. Hinzu kommt, dass seit Putins völkerrechtswidrigem, verbrecherischem Angriffskrieg auf die Ukraine im politischen Diskurs zu Recht von einer *Zeitenwende* gesprochen wird. Und zu dieser Rückkehr eines national-chauvinistischen, imperialistischen Denkens ist mit dem Terroranschlag der Hamas der scheinbar seit langem ‚eingefrorene‘ Nahostkonflikt neu aufgebrochen. Ob es zu einer Eskalation vor allem dieser zweiten kriegesischen Auseinandersetzung, mit dann absehbar verheerenden Folgen, kommen wird, ist gegenwärtig schwer abzuschätzen.

Unsere politischen Eliten erleben all das zugleich als Angriff auf ihre, und unsere liberale Demokratie. Wo man es noch, oder schon wieder, mit mehr oder weniger autoritären Regimen zu tun hatte, hat man bis dahin auf die Kraft der ökonomischen Vernunft der jeweiligen Gegenüber gesetzt. Wenn schon nicht Wandel durch Handel, dann doch wenigstens Annäherung und verlässliche Verbindlichkeiten. Und wo man gemeint hatte, terroristische Bedrohungen durch schlichte Machtpolitik eingedämmt zu haben, sieht man sich getäuscht. So also eine *Zeitenwende*. Und angesichts von Putins Krieg und des bemerkenswert heroischen Widerstands der ukrainischen Bevölkerung erscheinen unsere liberalen Demokratien hier in Europa plötzlich wieder als glanzvolle Alternative zu einem voraufklärerischen menschenverachtenden Denken des Aggressors – und das nach allen Debatten zur Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne, die in den beiden letzten Jahrzehnten geführt worden sind. Die vielen dunklen Flecken US-amerikanischer Machtpolitik in den vergangenen Jahrzehnten werden dahinter im aktuellen öffentlichen Diskurs nahezu vergessen.

2. Perspektiven einer radikalen Politik der Befreiung - Kein Licht am Ende des Tunnels?

Ich denke, es ist heute unausweichlich, von Neuem, grundlegend über denkbare Wege aus einer nun nochmals dramatisch zugespitzten krisenhaften Lage nachzudenken. Meine Überlegungen beginne ich mit einigen knappen Bemerkungen zur Krise der politischen Linken, ausgehend von der Partei *Die Linke*, ohne dass ich die hier zu meinem Thema machen will. Deren Krise ist offenkundig, und an Kriseneinschätzungen mangelt es seit längerem nicht. Nach dem Auf und Ab der beiden letzten Jahrzehnte (Therborn 2022) hat Alban Werner (2023) seine Analyse auf drei grundlegenden Strukturprobleme zugespitzt, nämlich (1) die Unsichtbarkeit der Linken in der Klimafrage, (2) ihre Zerrissenheit in Fragen der Geopolitik und (3) ihre Unfähigkeit, bei Fragen der sozialen Ungleichheit durchzudringen. Im Ergebnis zeichnet er das Bild einer Partei in schrittweiser Auflösung. Mario Candeias (2023) spricht in

seinen Thesen vom August dieses Jahres von der Gefahr, dass die Partei *Die Linke vernichtet* werden könnte, wobei es aber wohl am ehesten um einen selbstzerstörerischen Prozess geht. Wir erleben einen Zerfall aus eigener Schwäche heraus, der durch die von Sahra Wagenknecht eingeleitete Parteinuugründung weiter beschleunigt werden dürfte. Candeias hat seine Analyse in eine allgemeine Lageeinschätzung eingebettet; und die interessiert mich schon mehr. Ihr zufolge befinden wir uns gegenwärtig nicht mehr in einer für tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen noch offenen Situation – offenbar im Unterschied zu den beiden letzten Jahrzehnten.

Mit dem *Interregnum* wäre es demnach nun zu Ende gegangen. Nach dem „Bewegungsjahr“ 2011 (Roth 2012, Martens, 2016, 68-103) hat es noch die Thesen vom sich nun ankündigenden *Epochenbruch* (Azzelini 2014) gegeben. Das klingt auf den ersten Blick ähnlich wie in den *Spandauer Thesen*“ unseres *Forums Neue Politik der Arbeit*, ist aber tatsächlich ganz anders gemeint.⁴ Auch von Chancen zu einer *Reorganisation der Linken in der Krise* und der *Lernfähigkeit des Mosaiks* (Candeias/Völpel 2014) ist damals die Rede gewesen - mit besonderem Akzent auf Spanien und Griechenland.

Zwei Jahre später – nach dem die Griechenlandkrise neoliberal ‚beendet‘ worden ist und der Rechtspopulismus im Zeichen der „Flüchtlingskrise“ in Europa und in den USA mit dem sich ankündigenden Trumpismus Fahrt aufgenommen hat (Martens 2021), ist dann vom *globalen Kapitalismus im Ausnahmezustand* (PROKLA-Redaktion 2016) die Rede gewesen. Und nun wären wir, so Candeias, mit dem *Grünen New Deal* als neuem *hegemonialem Projekt* konfrontiert, das auf eine weitere Kontinuität kapitalistischer Entwicklungslogiken ziele – und das kommende Jahrzehnt unausweichlich bestimmen werde. Selbstverständlich müsse und werde der Kapitalismus neue Legitimitätsprobleme produzieren. Ein wachsender *Druck zur Konvergenz links-sozial-ökologischer, links-gewerkschaftlicher, sozialistischer, feministischer und radikaler Kräfte* könne also neu entstehen, aber das werde Zeit benötigen.

Richtig an den vorliegenden neueren Analysen ist sicherlich die Diagnose eines fehlenden politischen Projekts der Linken. Ich möchte allerdings erhebliche Zweifel daran anmelden, dass dieses sich aus einer letztlich mehr oder weniger ungebrochenen Kontinuität der alten politischen Linken heraus entwickeln lässt. Vielmehr sehe ich die aktuelle Entwicklung der Partei *Die Linke* gerade eben im Kontext eines schon lange andauernden Niedergangs der alten politischen Linken.⁵ Der ist von klarsich-

⁴ Auch im *Forum Neue Politik der Arbeit* haben wir in unseren „Spandauer Thesen“ vom *Epochenbruch* gesprochen (Scholz u.a. 2006). Doch das bezog sich auf einen damals schon dreißig Jahre währenden Prozess des neoliberalen Rollbacks, also die Einschätzung des Charakters eines neuen langen Zyklus kapitalistischer Reproduktion. Und so sehr sich Antonio Gramsci zu seiner Zeit wohlthuend von anderen mehr oder weniger orthodoxen Marxisten abhebt, haben wir nur sehr vorsichtig an ihn angeknüpft – etwa an seine These der *passiven Revolution*. Ich jedenfalls habe bei heutigen mehr oder weniger einfachen Anknüpfungsversuchen an ihn immer meine Probleme gehabt.

⁵ Fast bin ich versucht, einen Satz aus dem Nachwort, das der Bloch-Freund Joachim Schumacher im Nachtrag zu seinem Nachwort zu seinen Überlegungen zu der *falsche(n)*

tigen Beobachter*innen wie Albert Camus und Hannah Arendt schon um die Mitte des 20. Jahrhunderts prognostiziert worden. Seit dem Ende der 1960er Jahre, spätestens aber seit der Implosion des sogenannten Realsozialismus hat er sich unübersehbar immer rascher vollzogen. Immanuel Wallerstein (2010 und 2014). hat darauf wiederholt hingewiesen.

- Die Perspektive auf so etwas wie einen wissenschaftlichen Sozialismus war schon immer falsch, also von Anfang an. Zukunft ist offen und nicht wissenschaftlich prognostizierbar. Die hegelsche, und hegelmарxistisch fortwirkende Geschichtsphilosophie war ein Irrtum (Arendt 1998, 277-289); und das gilt dann in gleicher Weise für den damit verknüpften Klassenbegriff (Rancière 2002).
- Ob, oder dass wir nach 1945 je eine offene gesellschaftliche Konstellation gehabt haben, kann man mit Gründen bezweifeln. Die Lage war durch eine Niederlage der marxistischen Arbeiterbewegung – nicht nur in Deutschland – und einer Einmündung der russischen Revolution in den Totalitarismus als *der wesentlichen Enttäuschung des Zeitalters* (Arendt 2002, 253) geprägt.
- Heute erleben wir, dass das Erbe des Stalinismus in Russland und China in beunruhigender Weise wieder auflebt: Das aber wird, nicht allein von der politischen Linken, immer noch kaum angemessen wahrgenommen.
- Zugleich sehe ich in den Staaten der westlichen Zivilisationsgemeinschaft nicht, dass irgendeine Partei seither so etwas wie einen Entwurf in Richtung auf ein neues, sozialistisch zu nennendes Projekt zustande gebracht hätte.
- Aus meiner heutigen Sicht ist zudem mit der Einmündung der sozialistischen Ideen in das totalitäre Regime des Stalinismus – und allerspätestens seit der Implosion des sogenannten ‚real existierenden Sozialismus‘ - der alte Begriff des Sozialismus „moralisch verschlissen“, um an dieser Stelle eine Marx’sche Formulierung zu verwenden.

Manchen mag nun spätestens dieses letzte Argument geradezu resignativ erscheinen. Man sollte allerdings zur Kenntnis nehmen, dass mit dem Begriff des Sozialismus heutzutage offenbar keine Politik zu machen ist - nicht einmal innerhalb der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Vielmehr wird der öffentliche Diskurs in die Richtung einer Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft gelenkt. Es geht darin also um die Rückkehr zu einer zu erneuernden, im Grunde der alten Normalität. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die öffentlichen Reaktionen auf einige Überlegungen des damaligen Juso-Vorsitzenden Kevin K hnert zum Stichwort *Demokratischer Sozialismus*. K hnert hat ein knappes Jahr vor Corona auf entsprechende Fragen

Apokalypse des Bürgertums (Schumacher 1978; 380f) geschrieben hat, zu zitieren – damals noch im Blick auf einen zur Legitimationswissenschaft verkommenen östlichen und die Ankn pfungsversuche an den westlichen Marxismus. Er lautet: *Die gesamte Linke, intern zerspalten und unfähig, sowohl das Ausdauern des Kapitalismus wie das Versagen des Sozialismus auch nur theoretisch zu erforschen, krankt an lähmenden Entt uschungsfaktoren*. Mit den Analysen mag man seither vorangekommen sein, aber alte und neue Entt uschungsfaktoren lasten auch heute massiv auf der politischen Linken.

hin laut darüber nachgedacht, ob neben der (Rück)-Überführung von Mietwohnungen in öffentliches Eigentum auch in Bezug auf heutige Schlüsselindustrien ähnliche Überlegungen einer Vergesellschaftung für einen Sozialdemokraten ernstlich erwägenswert sein könnten, wenn der alte Vorstellungen eines demokratischen Sozialismus noch ernst nehme. Für den Mainstream der journalistischen Kommentatoren überschritt das die Grenze dessen, was im politischen Diskurs noch akzeptiert werden könne. Die öffentlich gewordenen Reaktionen von sozialdemokratischen Politikern, aber auch Gewerkschaftern und Betriebsräten aus der Automobilindustrie haben signalisiert, wie sehr heute in den Organisationen und Institutionen, die man als Ergebnisse oder auch ‚Reste‘ einer vergangenen alten Arbeiterbewegung ansehen kann, unsere heutige Gesellschafts- und Eigentumsordnung als geradezu ‚natürlich‘ angesehen wird. Dies zu erreichen ist einmal das erklärte Ziel deutscher Ordoliberalen gewesen.⁶ Eine Art ‚neoliberalen Einheitsdenkens‘ mag inzwischen Risse bekommen, und die Corona-Krise mag die Lage nochmals ein wenig verändert haben. Doch den politischen Diskurs unserer Gesellschaft beherrschen entsprechende Vorstellungen nach wie vor weitgehend. Konzepte eines demokratischen Sozialismus müssten dagegen schon sehr grundlegend neu gedacht werden.⁷ Wenn und solange Überlegungen dazu als Versatzstücke alter Parteiprogramme erscheinen, oder auch nur so interpretiert und kritisiert werden können, haben sie keine Chance gegen rasch aufgerichtete Denkverbote.

Werner (2023) spricht in seiner Analyse, scheinbar folgerichtig, von der *Wiederherstellung des Rheinischen Kapitalismus* als einem politischen(Etappen)Ziel. Das wäre allerdings eine Vorstellung, der es nun wirklich an Realitätshaltigkeit mangelt. Das gilt auch dann, wenn man, wie ich, mit dem Begriff der Utopie seine Schwierigkeiten hat, sofern der versprechen soll, so etwas wie ein Endziel zu umreißen, und wenn man weiter den vermeintlichen Fortschritt des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft grundlegend infrage stellt⁸ und zudem den „moralischen Verschleiß“ des Begriffs des Sozialismus nicht verdrängen mag. Dieser Blick zurück auf ein Modell, das seinerzeit nur für die kapitalistischen Kernländer ein Fortschrittsversprechen anzubieten schien, steht doch eher für eine Art von kapitalistischem Realismus, der den heute geforderten Blick nach vorne, also auf neue Zukunftsentwürfe hin, eher verstellt. Ich würde dann sogar eher mit Klaus Dörre (2022) sagen:

⁶ Der Gründer der „Aktionsgemeinschaft soziale Marktwirtschaft“ sah deren Ziel seit der Gründung 1953 darin, diese soziale Marktwirtschaft zu vollenden, *bis sie als Ordnungsbild in allen Köpfen lebt und als selbstverständlich empfunden wird*. Siehe dazu Ptak, 2005, 210-227

⁷ Für mich ist das ein Thema, das mich in den letzten Jahren fortgesetzt beschäftigt und veranlasst hat, den Akzent meiner Argumentation auf die Herausforderung zu weiteren Demokratisierungsschritten zu lenken.. Siehe dazu Martens, 2018, 2019 und 2020b.

⁸ Der vermeintliche Fortschritt des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft ist aus meiner heutigen Sicht (Martens 2020c) die Antwort der Hegelschüler Karl Marx und Friedrich Engels auf das Scheitern der frühen englischen Arbeiterbewegung, also des Owenismus und der Chartistenbewegung, gewesen, zusätzlich getragen von einem im 19. Jahrhundert rasch wachsenden Vertrauen in den Fortschritt der Wissenschaften. Siehe dazu auch Martens 2020c.

Eine politische Linke, die sich eine bessere Gesellschaft nicht vorstellen kann, die den Sozialismus selbst in seiner organischen Verbindung mit Demokratie aufgibt, die sich darauf beschränkt, einen 12-Euro-Mindestlohn mit einer 13-Euro-Forderung zu toppen, macht sich, leider, selbst überflüssig.

Allerdings lege ich dabei den Akzent ganz klar auf die Demokratie. Wie eine organische Verbindung von Demokratie und Sozialismus aussehen könnte, wäre ja auch erst noch zu finden.

Ich meine allerdings, dass man den Blick schon hier in Deutschland – von der eigentlich erforderlichen, mindestens EU-weiten Perspektive ist da noch gar nicht die Rede – in einem deutlich weiteren Sinne auf die politische Linke im Angesicht der multiplen Krisen unserer Zeit richten müsste: Auf die Weltfinanzkrise von 2008 ist zunächst mit *gekaufter Zeit* (Streeck 2013 und 2015) reagiert worden. Sie hat seinerzeit nicht zu einem ökonomischen Kurswechsel geführt, von dem in Deutschland in den Gewerkschaften damals immerhin die Rede gewesen ist (Huber 2010, IGM 2013). Debatten um eine *Neue Wirtschaftsdemokratie* (Martens 2010) sind im Grunde nur kurz aufgeflackert und danach allenfalls noch von der SP Schweiz weiter angegangen worden (Positionspapier SP-Schweiz 2016, Zwicky/Wermuth 2018). Insbesondere die dynamische Entwicklung des chinesischen Marktes hat ökonomisch wie politisch das Weiter-so des herrschenden Politikbetriebs in Deutschland und in der EU befördert. Auch der wachsende Zulauf für rechtspopulistische Bewegungen in Deutschland und in der EU, verstärkt durch massiv anwachsende Flüchtlingsströme aus Kleinasien und Afrika und durch den Trumpismus in den USA, haben nur zu vornehmlich grenzsichernden Stabilisierungsmaßnahmen geführt. Dass hier und an vielen anderen Stellen unserer Welt, ein drohendes autoritäres 21. Jahrhundert Gestalt anzunehmen begann, vor dem schon der Liberale Sir Ralf Dahrendorf (1997) gewarnt hatte, führte unter den herrschenden Eliten noch keineswegs dazu, grundlegend über Veränderungen ihres Politikbetriebs nachzudenken. Erst die immer weniger zu übersehenden, weil nun aktuell erfahrbaren Vorboten der Klimakrise und eine weltweite Jugendbewegung wie *Fridays for future* bewirkten erste Veränderungen. Die Bewegung wurde durch die Corona-Pandemie zunächst ausgebremst; aber die Jahr für Jahr heißeren Sommer und die geradezu alljährlich weltweit heftigeren Naturkatastrophen sowie die Klimaberichte der Vereinten Nationen (z. B. IPCC-Sonderbericht 2022) machen die Größe der Bedrohung mittlerweile überdeutlich. In der Bundesrepublik hat sich da mit dem Regierungswechsel Ende 2021 im Zeichen der ‚Ampel‘ für manche die Hoffnung verknüpft, dass Politik *von hier an anders* (Habeck 2021) konzipiert und gemacht werden könnte, obwohl sich Hoffnungen auf eine rot-grün-rote Koalition ja mit dem damals beunruhigend schlechten Wahlergebnis der Partei *Die Linke* zerschlagen haben. Dann aber kam mit Beginn von Putins Krieg am 24.02. 2022 die Zeitenwende.

Für mich ist in einer so zu umreißenen Lage nicht ein sozialistisches Projekt, für das ich keinen Entwurf kenne, das, was programmatisch von neuem attraktiv zu machen wäre. Es ist vielmehr der schrittweise zu findende Weg von unserer repräsentativen

parlamentarischen Demokratie als bester aller schlechten Herrschaftsformen zu einer Lebensform. Meine Bezugspunkte sind somit – neben einer unverändert wichtigen kritischen Kapitalismusanalyse, die im Kern eine ökonomische Analyse ist – Ansatzpunkte – theoretisch wie praktisch - die darauf zielen, im Raum der Politik demokratische Freiheitsrechte aller zu stärken, dazu in diesem Raum Instrumente zu finden und auszubauen, die die Urteilskraft der Vielen stärken können und damit zusammen mit größeren Freiheitsrechten auch eine entsprechende Verantwortungsbereitschaft. Und hier liegen die Herausforderungen für Wolfs *Radikale Philosophie*. Es geht –heute allererst im Zeichen der dramatisch wachsende der ökologischen Herausforderungen der Zeit - um *Demokratie als Revolte* (Pausch 2017), angelehnt an Albert Camus, oder um *das Wunder der Freiheit* im Raum der Politik (Arendt 1993).

3. Die neuerliche Krise des demokratischen Projekts der Moderne

Mit den zuletzt angesprochenen Beteiligungsfragen – in Form von *Bürgerräten* von der Ampelkoalition programmatisch begrüßt, in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft hingegen ausgespart – nähern wir uns wieder der Krise der Demokratie. Solche Überlegungen müssten dann allerdings auch daran ansetzen, dass neben den drei Strukturproblemen, die Werner aus aktuellem Anlass zu Recht als Strukturprobleme der Partei die Linke anspricht, ein viertes grundlegendes Problem unerwähnt bleibt. Spätestens seine Schlussfolgerungen fordern nämlich dazu heraus, das Verhältnis von Partei und sozialer Bewegung grundlegender zu reflektieren. Es stellt sich gewiss besonders nachdrücklich als ein Problem für solche Parteien dar, die sich selbst als Produkt, und in spezifischem Sinne dann auch als weiterer besonders herausgehobener Träger/Motor der alten, und vergangenen Arbeiterbewegung verstehen. Im Grundsatz aber ist es allen politischen Parteien wesensfremd, das „Selbertun“ der Menschen/Bürger*innen zu propagieren⁹. Sind sie doch ihrer ganzen Geschichte nach Organisationen, die in repräsentativen Demokratien beanspruchen, repräsentierend/stellvertretend für die Bürger*innen zu handeln.

Das Verhältnis von Partei und Bewegung ist insofern sehr grundsätzlich zu thematisieren. Hannah Arendts Reflexionen in ihrem Buch *Über die Revolution* wäre da immer noch ein Referenzpunkt. Die historische Alternative zur Partei, über die Arendt (1974) in diesem Zusammenhang nachdenkt, ist in der Geschichte der politischen Linken für lange Zeit die Organisation der Räte gewesen. Diese haben sich aber nie durchsetzen können. Mit einer in der in jakobinischen Vorstellungen wurzelnden Erwartung, dass eine proletarische Partei die revolutionäre Bewegung zu ihrem Ziel führen müsse – und aufgrund wissenschaftlich fundierten Wissens auch führen könne -, waren sie unvereinbar. Darüber hinaus ist die von ihren Befürworter*innen – zuletzt am Beispiel der Ungarischen Revolution von 1956 (Arendt 1958, Castoriadis (2016) - verknüpfte Erwartung, in einer Rätebewegung eine Einheit von Aktion und Reflexion erreichen zu können, die im historischen Augenblick den Umsturz der ge-

⁹ Siehe dazu Wolf 2001

sellschaftlichen Verhältnisse bewirken könnte, in dem Maße unrealistischer geworden, wie die Gesellschaften der Moderne zunehmend komplexer geworden sind.¹⁰

Die Systemtheorie hat diese Entwicklung zu systemisch verstehbar gewordenen Prozess-Strukturen gleichsam auf die Spitze getrieben und ideologisiert, indem sie auf die Autopoiesis systemisch gewordener Prozesse gesetzt hat (Luhmann 1984). Darüber hinaus hat sie nicht einmal mehr dem politischen System als einem Teilsystem moderner Gesellschaften noch länger eine herausgehobene steuernde Funktion zugestanden. Auch hier wäre Hannah Arendt mit geradezu prophetisch vorausschauender Kritik eines aus den Naturwissenschaften gesellschaftstheoretisch wirksam werdenden *Prozessdenkens* ein wichtiger Referenzpunkt (Arendt 1967, 292ff und 314ff und 2002, 487 und 563f). Man könnte daher auch sagen, dass politische Parteien, diesem mit wissenschaftlichem Anspruch entworfenen Bild gemäß, letztlich auch nur noch die Funktion haben, die Menschen entsprechend unterschiedlicher Dispositionen bei einer möglichst gut angepassten Ausgestaltung des Selbstlaufs einer systemisch gewordenen Wirklichkeit „mitzunehmen“. Die *marktkonforme Demokratie* der früheren Bundeskanzlerin schließt hier unmittelbar an (Merkel 2011 und pointiert kritisch dazu Schirrmacher 2013). Sie markiert einen weiteren Schritt, der vom vielberufenen ‘mündigen Bürger’ als dem Souverän hin zum manipulierbaren Wähler führt (Moorstedt 2020). Dessen Meinungen gilt es dann folgerichtig als Stimmungen zu erfassen, statt sie als Meinungen ernst zu nehmen und ihnen im öffentlichen Diskurs die Möglichkeit zur Überprüfung und Fundierung zu eröffnen. Pierre Bourdieu (2005) hat in diesem Zusammenhang zur Funktion der Meinungsumfragen zu Anfang der 1990er Jahre zugespitzt völlig zu Recht festgestellt.

dass die Umfrage kein Instrument demokratischer Beratung, sondern ein Instrument rationaler Demagogie ist. Die Demagogie besteht darin, die Triebe, die Erwartungen, die Leidenschaften sehr gut zu kennen, um sie zu manipulieren oder ganz einfach, um sie zu registrieren, sie zu bestätigen..

Herrschend wird so im laufenden Politikbetrieb ein Denken, in dem politisch das „Selbertun“ überhaupt nicht mehr vorgesehen, im Grunde geradezu undenkbar geworden ist. Dem entspricht es, dass die Menschen in einer merkwürdigen Gemengelage von überkommenem Fortschrittsglauben und zunehmender Ernüchterung angesichts sich weiter und höher auftürmender Krisen oder krisenträchtiger Entwicklungen gleichwohl darauf warten und setzen, dass „die Politik“ es am Ende schon richten wird.

Wenn diese Einschätzung richtig ist, und wenn das *cum grano salis* gleichermaßen für die aktuelle politische Lageeinschätzung zutrifft, zu der Werner schreibt, dass sich ein bekanntes Muster aus der Merkel-Ära fortzusetzen schein, geht es hier also um ein Politikverständnis, mit dem die frühere Bundeskanzlerin in der Tat dem systemtheoretischen Denken geradezu perfekt entsprochen ha

¹⁰ Insbesondere Castoriadis (2016) hat an dieser Vorstellung mit einer Revolutionären Emphase, wie er sie beim jungen Marx gefunden hat, festgehalten.

Es hat sich eine aufmerksame Erwartungshaltung herausgebildet, wonach die Politik den Status zu erhalten und dafür andere Prinzipien hintanzustellen hat. Zwar wurde die Aufrechterhaltung des Status quo „verteilungsintensiver“, ihr Gelingen wird aber im Massenbewusstsein nicht als Erfolgsausweis interventionistischer Instrumente bilanziert.

Werner (2022, 37) spricht hier von einer Verbreitungshaltung angesichts einer politischen Praxis, mit der die frühere Bundeskanzlerin in der Tat einen Politikbetrieb weiter befördert hat, der dem systemtheoretischen Denken geradezu perfekt entspricht. Für ihn ist das Weiter-so im Sinne autopoietischer Prozesslogiken kennzeichnend.

Die aktive Mitwirkung aller Bürger am politischen Prozess der Gesellschaft war Teil der umstürzlerischen Vorstellungen der bürgerlichen Revolutionäre in den britischen Kolonien der späteren USA wie auch in Frankreich – wobei hier ganz zu Recht nur von den Bürgern – und folgerichtig deren Brüderlichkeit – zu sprechen ist. Die Frauenbewegung kam später. Arendt (1974) verweist mit Gründen darauf, dass *man eigentlich nur bei Jefferson*, und zwar in den nach dem Ende seiner praktisch politischen Tätigkeit verfassten Schriften, *von einem „Rätegedanken“* sprechen könne (Hervorhebung im Original); und sie äußert sich zu den Ergebnissen der proletarischen Revolutionen in dieser Hinsicht in aller Klarheit, wenn sie schreibt:

dass wo immer die Revolution scheinbar siegte, die Ein-Partei-Diktatur, also angeblich die Diktatur des Proletariats in Wahrheit die der Berufsrevolutionäre, sich schließlich durchsetzte; und das hat noch immer bedeutet, dass die Organe und Institutionen der Revolution schließlich von den ‚revolutionären‘ Parteien erledigt wurden, zumeist in einem Kampf, der erheblich blutiger war als der Kampf gegen die Konterrevolution.

Phillip Manow (2008) hat darauf im neueren akademischen Diskurs über die Krise demokratischer Politik Bezug genommen. Im Kontext seiner Analyse der politischen Anatomie demokratischer Repräsentation weist er darauf hin, dass am Beginn des demokratischen Projekts der Moderne *die Beschreibung der neuen Ordnung (,,,) notgedrungen in einer Semantik (erfolgte), die noch der alten verhaftet war. Die neue Antwort auf die Frage nach der Rechtmäßigkeit von Herrschaft“* sei deshalb *in jener Sprache gegeben (worden), in der man traditionell von Legitimität sprach*. Er verweist in diesem Zusammenhang auf Arendt, auf die in nahezu allen neueren Debatten um die Krise der Demokratie Bezug genommen wird. Sie habe, so zitiert er sie, argumentiert, dass *das Ende einer Tradition nicht notwendigerweise bedeutet, dass das traditionelle Begriffsgerüst auch schon seine Macht über die Gedanken der Menschen verliert*. Vielleicht hätten wir also an diesem Begriffsgerüst weiter zu arbeiten. Manow (2020) selbst ist dann allerdings bei seiner späteren Analyse der Krise der repräsentativen Demokratie in Bezug auf eine Ausweitung direkt demokratischer Ansätze eher skeptisch und meldet Zweifel an, ob eine aktive Beteiligung aller denkbar und wirklich wünschenswert sei. Man mag für solche Skepsis Gründe ins Feld führen können wie etwa die folgenden.

Zunächst einmal ist einem angesichts der multiplen Krisenentwicklungen der Zeit jegliche Emphase eher fremd. Das gilt für die Begeisterung, mit der die Zugehörigen

zu meiner Generation 1986 einmal aufgebrochen sind. Das gilt aber ebenso für die der *Gründenden Väter* der amerikanischen Revolution - die wie Arendt feststellt, sich überhaupt nicht haben vorstellen können, dass sich ihre revolutionäre Aufbruchsstimmung nach einmal erfolgreich neu geordneten Verhältnissen rasch verflüchtigen würde. Ebenso gilt das für die Vorstellungen mancher Zeitgenossen der Französischen Revolution, wie sie zum Beispiel bei Friedrich Hölderlin zu finden sind. Er hat damals die weltgeschichtlich umwälzenden Ereignisse im fernen Paris sozusagen aus der württembergischen Provinz heraus beobachtet und als leidenschaftlicher Anhänger der Revolution gemeint, dass sich nun „die ganze Gestalt der Dinge(...) ändert.“¹¹ In Worten von Hölderlins engstem Jugendfreund Georg Wilhelm Friedrich Hegel geht *in solchen Zeiten, wo die politische Existenz sich umkehrt* „(...)der Gedanke voran und bildet die Wirklichkeit um (Zitiert nach Arendt 1998, 284). Doch der revolutionäre Gedanke hat in den Fällen, die ich hier gerade genannt habe, die Wirklichkeit noch nie auch nur annähernd ganz seinen Vorstellungen entsprechend umbilden können - und in solchen Zeiten leben wir heute nun wirklich nicht. Ein nüchterner Blick nach vorne ist in Kenntnis der seit der amerikanischen Revolution zweihundertundfünfzigjährigen Geschichte des Projekts unserer demokratischen Moderne also geboten.

Damit kommt zum zweiten ein anderes Argument ‚ins Spiel‘. Wenn man sich nicht hinreichend davon unabhängig zu machen versteht, wie die Dinge nun einmal sind oder geworden sind – in diesem Falle also von einer Realität, in der die Bürger*innen dem politischen Denken entwöhnt worden und eher als manipulierbare Wähler gedacht, und dazu auch gemacht worden sind, dann wird es selbstredend problematisch, ihnen sozusagen auf einen Schlag ein neues hohes Maß relativ autonomen politischen Denkens und Handelns zuzutrauen. Die Frage ist dann aber, ob wir hier von letztlich anthropologischen Grundannahmen hinsichtlich eines geradezu feststehenden Charakters *des Menschen* ausgehen, oder von einer großen, keinesfalls eindeutigen Plastizität menschlicher Möglichkeiten, die ganz entscheidend von den jeweils herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen geprägt ist. In diesem Fall steht einem die Möglichkeit zu grundlegender Herrschaftskritik offen und man kann realistische Chancen zu ihrer schrittweisen Realisierung immer noch ins Auge fassen. Allerdings ist eine reale Entwicklung dorthin, orientiert an den Vorstellungen der großen Aufklärer, nur in Schritten zu denken, im Wege von Lernprozessen, die durch sie ermöglicht werden.¹²

¹¹ Vgl. Zu meiner Rezeption Hölderlins, der sich selbst einerseits als Dichter einer Württembergischen Revolution zu einer herausgehoben bedeutsamen Rolle in einem solchen Prozess herausgefordert gesehen hat, andererseits aber, hier wohl eher weitsichtiger als sein engster Jugendfreund Georg Wilhelm Friedrich Hegel erwiesen und auch die Möglichkeit des Scheiterns ins Auge gefasst hat, Martens 2020d.

¹² Der schon zitierte Joachim Schumacher (1978, 382f) hat in dem vorhin erwähnten Zusammenhang -wohl im Blick auf enttäuschte Hoffnungen nach 1968 – geschrieben: *gewiss ist etwas wie geschulter auf bestimmte Umstände gezielter Pessimismus wirklichkeitsnäher und tapferer als ein rosig ahnungsloser Optimismus. Vielleicht stammen beide Grundstimmungen nicht nur aus Klassenbelangen und Grundstimmungen, sondern aus individuell-*

Unter Berücksichtigung dieser Überlegungen wäre im Anschluss an den späten Jefferson unter den heute ganz anderen gesellschaftlichen Verhältnissen von Neuem darüber nachzudenken, ob das Problem nicht so anzugehen wäre, dass man Schrittweise auf je spezifischen Feldern Raum für solche aktive Mitwirkung aller schafft, also auch auf wirklichen Mitwirkungsrechten beruhend. Dabei läge es sehr nahe, wenn man dazu als erstes die Sphäre der privatwirtschaftlich verfassten Marktwirtschaft in den Blick nehmen würde - in der ganz anders als von den frühen Vordenkern bürgerlicher Freiheit gedacht, zunächst eine rasch angewachsene neue Sphäre von Abhängigkeit entstanden ist (Anderson 2019) und heute im Zeichen ‚neuer Arbeit‘ nicht zuletzt von vielen Managern das „Selbertun“ der nun als *Arbeitskraftunternehmer* bezeichneten abhängig Beschäftigten gefordert wird. Aber ihnen sollen gleichwohl wesentliche Rechte für unternehmerische Freiheiten vorenthalten bleiben. So gesehen ist es überfällig, die Frage zu stellen, ob es eigentlich mit dem demokratischen Selbstverständnis unserer vermeintlich so weit fortgeschrittenen Gesellschaften des Westens vereinbar ist, dass die Menschen als abhängig Beschäftigte ihre Erwerbsarbeitszeit unter dem Regime *privater Regierungen* verbringen müssen.

Als zusätzliches Argument käme hier ins Spiel, dass es keinen anderen Bereich des gesellschaftlichen Lebens der Menschen gibt, in dem ihr Laien-Experten-Wissen sinnvoller ‚ins Spiel‘ gebracht werden könnte. Zugleich käme an diesem Punkt ein allgemeines Problem hinzu. Die Wahrnehmung demokratischer Rechte bringt neben dem Anspruch auf solche Rechte immer auch die Anerkennung von Pflichten mit sich. Es geht also um die Pflicht zu Verantwortung. Notwendig wäre die Schaffung neuer gesellschaftlicher Räume, in denen die von Arendt (1974) so heftig verteidigte Meinungsfreiheit wirklich gelebt, Meinungen also ausgetauscht und überprüft, die Urteilskraft der Wirtschaftsbürger*innen erprobt und geschärft werden könnte. Vorschläge dazu, wie man das organisieren könnte, sind in den 1970er Jahren, als mehr Demokratie zu wagen ja Regierungsprogramm gewesen ist, gemacht und sogar punktuell erprobt worden. Instrumente wie *Planungszellen* oder *Zukunftswerkstätten* (Dienel 1997, Jungk/Müllert 1981) wären heute neu aufzugreifen. Man wird sie nicht einfach an die Stelle der repräsentativen, demokratisch legitimierten Entscheidungsprozesse setzen können, wie dies z.B. die Klimaaktivisten der *letzten Generation* mit der Einrichtung eines *Gesellschaftsrats* vorgeschlagen haben – augenscheinlich von Peter Dienels Planungszellen inspiriert, dabei aber die unverzichtbare Rolle von repräsentativen Strukturen und Experten(gremien) verkennend. Über die Nutzung und sinnvolle Verknüpfung solcher Instrumente mit demokratisch legitimierten Entscheidungsprozessen wäre aber nachzudenken.

genetischer Veranlagung: Wenn wir die Welt und das Leben als solches für lebenswert halten, dann können wir Revolutionäre werden mit dem Impetus, dass das elementar Gute nach Besserem verlangt, weil es objektiv möglich und menschlich wünschbar ist. Halten wir aber die Welt und die Kreatur Mensch für eigentlich schlecht, dann müssen wir Konservative und Reaktionäre werden.

Gerade auch im Blick auf die weitestgehend verschwundene alte Linke wären solche Überlegungen neu aufzugreifen und zu vertiefen. Mit der Verabschiedung des Hegelmarxismus ist der wissenschaftliche Sozialismus obsolet geworden. Es gibt also weder absolute Wahrheiten noch irgendeine Instanz, die den Anspruch erheben könnte, in deren Besitz zu sein. Es geht folgerichtig um die Organisation politischer Prozesse und Entscheidungen, die ausschließen, dass bornierten, partikularen Interessen von Gruppen oder gar wirtschaftlich besonders mächtigen Einzelnen in lobbyistischer Weise Bahn gebrochen werden kann. Es geht also um die Schaffung demokratisch transparenter Prozesse, mittels derer es gelingen kann – unter Abwägung der immer nur relativen Wahrheiten wissenschaftlicher Erkenntnisse –, fundierte und verantwortungsvoll abgewogene Entscheidungen herbeizuführen. Dabei muss das Mehrheitsprinzip ebenso gelten wie das des Schutzes der Minderheit. Außerdem muss klar sein, dass Entscheidungen in eine offene Zukunft hinein immer Risiken beinhalten, die ja nach dem Gegenstand, über den entschieden wird, unterschiedlich groß sein können. Folglich benötigt man Verfahrensregeln, die dies berücksichtigen - etwa dadurch, dass in diesem Sinne gravierende Entscheidungen in kleinen Schritten und unter wissenschaftlicher Beobachtung vollzogen werden, um so die Entscheidungsumsetzung modifizierbar und notfalls auch rückholbar zu halten.

4. Ökosoziale Transformation und die kriegerische Wiederkehr von Geopolitik

Ich denke, es sind so fünf Punkte, die für die gegenwärtige Lage prägend sind. Sie muss man sich klar machen, wenn man in einem nächsten Schritt im Sinne Dörres das Fehlen jeglicher Vision einer politischen Alternative zur Verstetigung des Status Quo zum Thema machen und dann zu weiterführenden Fragen gelangen will, nämlich:

(1) die drohende Klimakrise, die als die größte epochale Herausforderung unserer Zeit verstanden werden sollte,

(2) die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Fortschrittsmodells, mit dem unser demokratisches Projekt der Moderne von Anfang an auf das engste verschränkt ist.

(3) in diesem Zusammenhang insbesondere die fortschreitende soziale Spaltung, auch der ökonomisch reichen Gesellschaften des Westens und weiter die umwälzenden Folgen von Digitalisierung und Entwicklung sogenannter künstlicher Intelligenz,

(4) dann aber auch den angesichts der Fortschrittsgläubigkeit unserer Gesellschaft irritierenden Umstand, dass politisch unsere liberale, repräsentative Demokratie als ‚Ende der Fahnenstange‘ jeglichen denkbaren Fortschritts angesehen wird.

(5) Schließlich bedeutet dann die Wiederkehr eines national-chauvinistischen Imperialismus in Europa einen Schock und eine wirkliche zusätzliche Bedrohung.

Spätestens seit Beginn des 21. Jahrhunderts ist das demokratische Projekt der Moderne, das mit der europäischen Aufklärung und der amerikanischen und Französischen Revolution über viele Kriege und soziale Konflikte hinweg für die westliche Zivilisationsgemeinschaft prägend geworden ist, erneut in eine tiefe Krise geraten. Wachsende Problemwolken türmen sich vor uns auf. Man muss von multiplen Krisenentwicklungen sprechen, die sämtlich auf das engste miteinander verknüpft sind. Die Drohungen einer Weltklimakrise sind nicht länger zu übersehen. Das nach der Weltfinanzkrise von 2008 sichtbar gewordene Ende einer beschäftigungswirksamen, jahrzehntelangen industriellen Wachstumsdynamik (Zinn 2015) mag damit zwar aktuell gesellschaftlich weniger bewusst sein; aber die Folgen des Krieges in der Ukraine bringen neue ökonomische Verwerfungen mit sich. Die schon seit Jahrzehnten vertiefte soziale Spaltung der ‚fortgeschrittenen‘ westlichen Gesellschaften hat sich stetig weiter verschärft. Und die dynamisch fortschreitende Digitalisierung zusammen mit der sogenannten künstlichen Intelligenz führen zu weiteren tiefgreifenden Umbrüchen. Doch ungleich stärker als wir in den technologisch hoch entwickelten westlichen Gesellschaften sind die Menschen in den Ländern des globalen Südens von den ökologischen, ökonomischen und sozialen Verwerfungen und Krisenentwicklungen betroffen.

Die Vorstellung, dass es nach dem Ende des sogenannten realen Sozialismus 1989/90 in einer nun zunehmend im neoliberalen Geist globalisierten Ökonomie stetig zu einer wachsenden Verbreitung von Wohlstand und demokratischen Herrschaftsformen – und so im Sinne des Scheiterns hegelmарxistischer geschichtsphilosophischer Vorstellungen zu einem *Ende der Geschichte* - kommen werde (Fukuyama 1989 und 1992), sind schon damals irreführend gewesen. Heute wird innerwissenschaftlich ernsthaft über ein mögliches baldiges Ende des Anthropozän diskutiert. An die Stelle einer nach wie vor stark ausgeprägten Fortschritts*gläubigkeit* unserer Epoche, heute fokussiert auf den weiteren wissenschaftlich-technischen Fortschritt sowie ein auch weiterhin stetiges Wirtschaftswachstum, könnte so bald die These eines *losgelassenen Verzehrungsprozesses* treten, die Arendt (2002, 487) schon in den 1950er Jahren formuliert hat.

Ich kann an dieser Stelle meine Sicht auf die Krisendrohungen, denen wir uns gegenübersehen nur punktuell ein wenig vertiefen. Die Drohungen der Klimakrise werden derzeit so breit diskutiert, dass ich auf weitere Ausführungen verzichten kann. Der Hinweis auf den jüngsten Emission-Gap-Report den das UN –Umweltprogramm (UNEP) im November 2023), eineinhalb Wochen vor der Weltklimakonferenz in Dubai vorgelegt hat, soll an dieser Stelle genügen. Ihm zufolge wird sich unser Planet angesichts der derzeitig gegebenen Zusagen der UN- Mitgliedsstaaten bis zum Ende dieses Jahrhunderts voraussichtlich um 2,9 Grad erwärmen. Das wäre eine Verdoppelung des bislang erklärten Ziels von maximal 1,5 Grad. Und um sich die Dimension dieser massiven Erwärmung in kurzer Frist vor Augen zu führen: Während der letzten Eiszeit hatten wir eine um 3 Grad niedrige Durchschnittstemperatur auf diesem Planeten – mit einer weitgehenden Vereisung der Europas und Nordamerikas in der Folge

Ich möchte an dieser Stelle aber auf die weitere **Digitalisierung** unserer Gesellschaften und der Entwicklungspotenziale von Künstlicher Intelligenz sowie auf **Putins Krieg** und damit die Wiederkehr einer national-chauvinistischen und imperialistischen Politik in Gestalt des völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands eingehen. In zwei knappen Exkursen will ich meine Sicht der Lage wenigstens knapp umreißen.

Das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung, München (ISF) hat im Oktober dieses Jahres drei Online-Sessions zum Thema *Real Work. Transformation in Arbeit*, durchgeführt,¹³ Dort war unter anderem zu erfahren, dass mittlerweile mehr als 50 Prozent der Menschheit das World Wide Web nutzen und im Internet täglich 150 Milliarden E-Mails versendet werden. Deren Bearbeitung benötige im Schnitt 30% der täglichen Arbeitszeit der in Industrie und Verwaltung erwerbstätigen Menschen. Zum Stichwort Transformation von Arbeit hat nach einer aktuellen Befragung des DGB bei über 5000 abhängig Beschäftigten für Deutschland ergeben: Untergliedert nach einer Abstufung von nicht über gering und hoch bis zu sehr hoch erwarten Tiefgreifende Veränderungen im Betrieb: 17%, 34%, 31% und 15% sowie ein Aufbrechen alter Strukturen: 11%, 43%, 34% und 8%. Auf die Frage nach persönlichen Risiken rechnen damit 15%. 24% rechnen sich Chancen aus. Eine übergroße Mehrzahl der Befragten von 61% rechnet mit beidem.

Die Arbeitsforscher*innen betonen, dass in der damit skizzierten Entwicklungsdynamik zwar Risiken, aber auch Chancen lägen. Sie empfehlen im Ergebnis ihrer Untersuchungen, mit der Welle zu schwimmen und nicht gegen sie. also die Potenziale zu nutzen. Sie sehen in der Weiterbildung der Beschäftigten den wesentlichen Schlüssel dazu. Sie argumentieren weiter, dass die Transformation, die sie als „Neuerfindungsprozesse“ verstehen, Beteiligung erfordere. In Deutschland liefen vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) Gefahr, den Anschluss zu verlieren. Niedrig Qualifizierte drohten abgehängt zu werden. Es gehe aber nicht einfach um die Ersetzung von Arbeit durch neue Technologien, denn in erheblichem Umfang entstehe zugleich auch neue Arbeit.

Schon die wenigen hier zitierten Zahlen geben einen groben Eindruck von der Welle, die da auf uns zurollt. Von den Menschen, den Machern, die diese Welle forcieren, ist auf den erwähnten Sessions allerdings nicht die Rede gewesen. Hans Magnus Enzensberger hat von ihnen – im Rahmen einer früheren, um die Jahrtausendwende herum geführten Debatte um KI, aber auch um Bio- und Gentechnologie, von den *Putschisten im Labor* gesprochen. Das zielte unter anderem auf Transhumanisten wie Ray Kurzweil, der ein Jahrzehnt später in wichtiger Managementfunktion bei GOOGLE gearbeitet hat.¹⁴ In heutigen Beiträgen im Feuilleton großer Tageszeitungen ist angesichts der Dynamik, mit der die wichtigen Entscheider im Silicon Valley die weitere Entwicklung vorantreiben, von gesellschaftlichem *Kontrollverlust* die Re-

¹³ Ich stütze mich im Folgenden auf meine Gedächtnisprotokolle zu allen drei Sessions. Eine Dokumentation ist seitens des ISF inzwischen vorgelegt worden (ISF 2023).

¹⁴ Siehe dazu Enzensberger (2002) sowie meine Essay Kurzweils Traum (2010) und Enzensbergers Elexiere der Wissenschaft (2015):

de (Kreye 2023). Der Autor zitiert die Vorsitzende des deutschen Ethikrats Alena Buyx mit den Worten.

Wir bauen jetzt eine digitale Infrastruktur auf, die an Wichtigkeit kaum zu übertreffen ist, und die ist dann in privater Hand. Was die mit diesen Strukturen machen, ist schlimm genug, von der Verhaltensmanipulation bis zu den Fakes. Und generative KIs werden das exponentiell verstärken.

Kreye schlussfolgert, dass die KI eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft darstelle.

Wie schon erwähnt, spielen solche Fragen in der mehr oder weniger spezialdisziplinären Arbeitsforschung allenfalls eine sehr nachgeordnete Rolle – erklärlicher Weise, denn für ihre Auftraggeber, etwa auch die Gewerkschaften, geht es um die soziale Beherrschung der arbeitsbezogenen Folgen der Digitalisierung. Die „Macher“, die hinter der Dynamik scheinbar verselbständigter Prozesse stehen, spielen kaum eine Rolle. Eine innovationskritische gesellschaftspolitische Perspektive, wie sie zum Beispiel die Arbeitssoziologin Sabine Pfeiffer auf dem Kongress *Wirtschaftsdemokratie neu denken*, Berlin 16.-18.02. 2017, vorgetragen hat, geht hingegen über einen engen arbeitssoziologischen Blickwinkel deutlich hinaus. Pfeiffer hat seinerzeit weiter ausgeholt: Der Betrieb als Ort werde immer fragiler. Industrie 4.0, das Label für die bald darauf folgende empirische Forschung hierzulande, sei als „Biergartenstory“, als Idee von zwei, drei Leuten in München, entstanden und ein Beispiel für sehr erfolgreiches „Agendasetting“.

Daran anschließend zeichnet sie nach, wie von 2009 bis 2016 verschiedene Akteure bis hin zu Berger und Mc Kinsey das Konzept hier in Deutschland marktgängig gemacht hätten; und sie weist auf verzweifelte Versuche hin, mit social intrapreneurship oder social innovaton die Gesellschaft wieder hineinzubringen - also gestaltend in die der Verwertungslogik folgenden, scheinbar autologische ablaufenden Innovationsprozesse einzugreifen. Die aber rollten wie eine Tsunamiwelle über uns hinweg.¹⁵ Auch Pfeiffer hat in ihrer damaligen Analyse zu den Dimensionen von Digitalisierung auf wachsende Chancen von Beteiligung verwiesen. Die Transformation von Arbeit führe zu Anwendungsoptionen mit steigendem Autonomiegrad, die es zu nutzen gelte. Ansätze zu einer Wirtschaftsdemokratie, so lautete damals ihr Fazit, müssten angesichts solcher Entwicklungen zugleich größer und kleiner werden (die Arbeits- und Lebenswelt betreffend). Sie würden dringender, und Beteiligung müsse breiter angesetzt werden. Wirtschaftsdemokratie werde also „existenzieller“. Es gehe immer um die Frage, was man tun darf und tun muss. Die von mir eben nur angerissene Debatte um einen weiter zunehmend drohenden Kontrollverlust angesichts der rasanten Entwicklung von KI zeigt, dass Lösungsschritte im Hinblick auf die existen-

¹⁵ Ich stütze mich auch hier auf meine Mitschrift und ihren Foliensatz zur damaligen Tagung. Zu der späteren Veröffentlichung zu der Tagung - Alex Demiorovic (2018) *Wirtschaftsdemokratie neu denken* - hat sie ihren Beitrag leider nicht in verschrifteter Form beigetragen.

ziellen Herausforderungen, von denen Pfeiffer schon 2017 gesprochen hat, unverändert ausstehen.

Als Zweites zu Putins Krieg: Auf den die Lage weiter verschärfenden neuen Krieg im Nahen Osten gehe ich an dieser Stelle nicht ein.¹⁶ M. E. höchst nachvollziehbar ist Putins Krieg mit dem Begriff einer Zeitenwende bezeichnet worden. Der macht klar, dass dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg für eine von vielen so nie erwartete Wiederkehr eines voraufklärerisch menschenverachtenden nationalchauvinistischen imperialistischen Denkens aus dem 19. und frühen zwanzigsten Jahrhundert steht. Es war also ein Irrtum zu meinen, dass wir dies nach dem Ende des „zweiten Dreißigjährigen Krieges“ 1945 und damit der „Nacht des zwanzigsten Jahrhunderts“ hinter uns gelassen hätten. Zum Bild der Bedrohung unserer, sagen wir westlichen, demokratischen Werte gehört weiter, dass in Russland nach innen die nie aufgearbeiteten stalinistischen, also totalitären Herrschaftsmechanismen nicht nur ungebrochen wirksam, sondern gerade unter Putin systematisch neu ‚belebt‘ worden sind. Eine menschenverachtende Grundhaltung der dort Herrschenden kommt hinzu. Ähnlich finden wir im Übrigen auch in China eine Kontinuität stalinistischer Herrschaftsmechanismen – und zunehmend auch eine Drohung aggressiver Wendung nach außen.

Zur Genese von Putins verbrecherischem Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine gehört dann aber leider auch, dass das Denken der herrschenden Eliten in Russland, China, aber eben auch den USA ganz maßgeblich von geopolitischen Kalkülen bestimmt ist. Bei einer nüchternen Analyse darf man deshalb nicht vergessen, dass die Ukraine seit dem Zerfall der UdSSR aus US-amerikanischer Sicht ein „geopolitisches Filetstück“ aller erster Ordnung geworden ist - was unter anderem durch die Einschätzungen des US-amerikanischen Präsidentenberaters Zbigniew Brzezinski, gut dokumentiert ist (Wagner 2014). Der verbrecherische Vernichtungskrieg Putins lässt die Erinnerung an diese, wenn auch defensiv gegen den Wiederaufstieg Russlands als Weltmacht gerichteten Überlegungen heute ebenso in den Hintergrund treten, wie die wohlbegründete linke und linksliberale Kritik daran, dass diese westlichen Werte nach 250 Jahren atlantischer Zivilisationsgemeinschaft nach wie vor sehr unzulänglich realisiert sind – was ein Grund dafür ist, dass sie für die Menschen in Afrika und Asien nicht so übermäßig attraktiv sind. Die haben ja auch allzu lange vornehmlich die kolonialistische Seite dieses Europa erlitten, die noch immer fortwirkt. Der so schwierige Umgang mit der drohenden Klimakatastrophe ist im gleichen Kontext einzuordnen.

Aktuell sehen wir uns so in einer Lage, die nahezu heillos festgefahren erscheint. Viel spricht leider dafür, dass dieser Krieg zunehmend noch schmutziger werden und lange dauern kann. Dramatische Veränderungen sind freilich nicht auszuschließen –

¹⁶ In ihrem Blog 365 Tage Camus.de hat Anne-Kathrin Reif aus Anlass des 110. Geburtstags Camus einen Beitrag veröffentlicht, in dem sie von dessen politischen Stellungnahmen zum Algerienkrieg in den Neunzehnhundertfünfziger Jahren Parallelen zieht. Ich habe mich dazu früh in einer längeren Stellungnahme geäußert. An nochmals anderer Stelle (Martens 2023b) habe ich die mittlerweile noch einmal leicht erweitert – u.a. um kritische Fragen, wie sie der israelische Autor Etgar Keret (2023) aufwirft.

auch nicht für ausgewiesene Experten auf diesem Gebiet. Das Laien-Expertenwissen eines auf die öffentliche Berichterstattung verwiesenen Beobachters, wie ich einer bin, stößt da umso mehr an Grenzen. Dabei bin ich mir zudem nicht sicher, ob nicht eher die EU und die USA ‚weichgekocht‘ sein werden als Russland. Bis jetzt spricht jedenfalls alles dafür, dass eine diplomatische Lösung, von der wir eher weit entfernt sind, nur eine ebenfalls schmutzige sein kann - und im Übrigen eine in den ersten Schritten womöglich wenig stabile. Ich spreche nicht ohne Grund seit Mai 2022 von der *Suche nach dem Notausgang* (Martens 2022b).

Welche Schlussfolgerungen lassen sich also ziehen? Moralischen Forderungen, den Aggressor zur Rechenschaft zu ziehen fallen leicht, sind aber hoch problematisch. Sie entsprechen (1) unserer Wertevorstellung, (2) selbstverständlich auch den politischen Forderungen der überfallenen Ukraine, (3) damit aber zugleich auch deren Durchhalteparolen und Kriegspropaganda – die es in Kriegen immer auf beiden Seiten geben muss. Sie sind damit aber auch (4) ein Teil der Frontbildungen in der beschriebenen, festgefahrenen Lage. Aus genau diesem Grunde tun sich (5) gerade die Beobachter schwer, die fordern, dass neben der militärischen Stützung der Ukraine immer auch, und zwar schon jetzt, diplomatische Sondierungsversuche unternommen werden müssen. Sie werden in unseren Talkshows regelmäßig an den Rand gedrängt. Doch Alexander Kluge (2022) und Jürgen Habermas (2022) ist da mit ihren schon früh klug abwägenden Urteilen zuzustimmen.

5. Kleine Lösungsschritte oder „Quadratur des Kreises“

Es ist zwingend, dass der Zivilisationsbruch, der da von Seiten des Aggressors geschieht, in aller Schärfe benannt wird – von Intellektuellen in der eher komfortablen Beobachterrolle sowieso, von Politikern aber auch. Die allerdings würden sich, in Europa oder den USA, nur dann in eine bessere Position bringen können, wenn sie sich zugleich ein weiteres Voranschreiten des zivilisatorischen Prozesses in ihren eigenen Staaten auf ihre Fahnen schrieben – also die weitere Zurückdrängung/Veränderung herrschaftlicher Verhältnisse hier. Dann fiel es sehr viel leichter, im „Kampf der Werte“ wirklich in die Offensive zu gelangen – also den Bürger*innen hier klar zu machen, dass es heute wirklich um die Verteidigung und Weiterentwicklung der europäischen Aufklärung geht, - und zwar in allen Dimensionen der multiplen Krisenentwicklungen und –Drohungen, denen wir gegenüberstehen. Es gilt klar zu machen, dass die - neu vergegenwärtigt und kritisch neu interpretiert - Antworten auf die Krisen unserer Zeit anbieten kann und weiter, dass und inwiefern vor allem der russische Neoimperialismus aus einer Zeit fällt, in der es eigentlich ganz andere große Krisen zu bewältigen gilt.

Man merkt so sehr rasch, wie sich das alles ein wenig nach der „Quadratur des Kreises“ anhört. Ich habe deshalb meine Gründe dafür, dass ich nach meiner Aufsatzveröffentlichung zu Putins Krieg im April – in einem Dossier der spw - und einem Buchmanuskript (Juni/Juli), das es nicht über meine Homepage hinaus geschafft hat, in der ohnehin sehr begrenzten, mir zugänglichen Teilöffentlichkeit schweige. Mir fällt

zu den Thesen, die ich damals vertreten habe, nicht viel Neues ein. Ich schreibe seither vor allem literarisch, auch satirisch und beobachte eben einigermaßen ernüchtert den herrschenden Politikbetrieb und wie das alles so weiter läuft. Spätestens seit Beginn des 21. Jahrhunderts ist das demokratische Projekt der Moderne, das mit der europäischen Aufklärung und der amerikanischen und Französischen Revolution über viele Kriege und soziale Konflikte hinweg für die westliche Zivilisationsgemeinschaft prägend geworden ist, erneut in eine tiefe Krise geraten. Wachsende Problemwolken türmen sich vor uns auf. Man muss von multiplen Krisenentwicklungen sprechen, die sämtlich auf das engste miteinander verknüpft sind.

Die Verwüstung unseres Planeten durch ein Weiter-so bisheriger Politik gegenüber den Autologiken der Wirtschaft, die wachsende Flächen auf diesem Planeten selbst für die höchst anpassungsfähige Spezies Mensch unbewohnbar machen wird, ist im Gange. Über das mögliche Ende des Anthropozän wird mit guten Gründen ernsthaft diskutiert. Die bedrohliche Lage erfordert eine öko-soziale Transformation. Dieser Begriff jedenfalls ist zunehmend gebräuchlich geworden. Auch besteht mittlerweile weitgehender Konsens darüber, dass uns dafür nur noch ein kurzes Zeitfenster offensteht. Was aber der Begriff der öko-sozialen Transformation bedeuten sollte, wie und mit welchen Schritten den miteinander eng verschränkten Krisenentwicklungen zu begegnen wäre, ist eher diffus und ganz sicher strittig. So fordern angesichts der inzwischen eingetretenen Lage Gewerkschaften und Sozialdemokratie hierzulande, für *Sicherheit im Wandel* zu sorgen. Aber schon diese Überschrift für entsprechende Einzelforderungen lässt die nahezu dilemmatische Situation erkennen, der wir uns heute gegenübersehen. Wenn die in diesem Essay umrissene Krisendiagnose auch nur halbwegs stimmt, haben wir es nicht mit einem evolutionären Wandel zu tun, sondern mit epochalen Umbrüchen. Es gilt also allererst, sich die damit verbundenen gravierenden Herausforderungen und Risiken wirklich klar zu machen. Sie werden innerhalb der herrschenden Eliten zweifellos nach wie vor unterschiedlich bewertet. Der Gesellschaft insgesamt dämmern sie immer noch eher, als dass sie den Menschen wirklich bewusst gemacht werden. Dies aber wäre ein erster unumgänglicher Schritt, um in neu aufzubauenden Dialogräumen und mit neu belebter Bewegungskraft wirklichen Veränderungen in ersten Schritten näher zu kommen.

Ich möchte in solcher Lage dafür plädieren, vor allem die Krise unserer repräsentativen Demokratie und der sie tragenden Institutionen stärker in den Vordergrund zu rücken. Aus meiner Sicht ist ihr in den laufenden Debatten zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden. In diesem Zusammenhang habe ich mich im letzten Jahrzehnt allgemein dafür ausgesprochen, die Institutionen unserer repräsentativen Demokratie sukzessive stärker durch neue Formen der aktiven Beteiligung der Wirtschaftsbürger*innen am politischen Prozess unserer Gesellschaft zu erweitern (Martens 2010 und 2020b). Nicht nur aufgrund meiner speziellen arbeitsforscherischen Qualifikationen habe ich in diesem Zusammenhang dafür gehalten, vor allem wirkliche Demokratisierungsschritte in Form gesicherter individueller wie kollektiver Beteiligungsrechte in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft ins Auge zu fassen.

Dazu, sozusagen exemplarisch, **ein kurzer arbeitspolitischer Exkurs**: Als Arbeitsforscher und arbeitspolitisch engagierter Intellektueller lege ich hier einen starken Akzent auf den Zusammenhang von *Arbeit und Demokratie* (Martens 2010 und 2020b).

In unserer Gesellschaft herrscht eine repräsentative Demokratie, in der Wirtschaft aber das Direktionsrecht. In der Demokratie gilt das Ideal der Gleichheit. Hier zählt jede Stimme gleich viel. In der kapitalistischen Wirtschaft hingegen zählt der Besitz, gilt ein Ideal der Ungleichheit. Unterschiede und Konkurrenz sollen die Produktivität steigern. Das ist die herrschende Vorstellung von ökonomischer Effizienz. Die Arbeitswelt ist nach herrschender Vorstellung kein demokratischer Raum (kritisch Mayer-Ahuja 2020).¹⁷ Immerhin aber ist sie in den wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien mit Gesetzen und sozialen Sicherungssystemen von außen her eingehegt worden Um deren Reichweite und Geltung wird immer wieder gestritten. Im Unterabschnitt zur Mitbestimmung findet sich in der Koalitionsvereinbarung aber auch der Satz: *Die sozial ökologische Transformation und die Digitalisierung kann nur mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wirksam gestaltet werden.* Hier könnten die Gewerkschaften also ansetzen und argumentieren, dass genau dies auch in der Arbeitswelt Beteiligungsrechte der abhängig Beschäftigten erforderlich macht, die denen der Bürgerbeteiligung im öffentlichen Raum entsprechen und bei denen in der Arbeitswelt gesicherte individuelle und kollektive Rechte angemessen miteinander verknüpft werden müssten. Es läge nahe, hier eine entsprechende differenzierte Argumentation im Hinblick auf die *Wirtschaftsbürger*innen* zu entwickeln. Voraussichtlich würden dann aber rote Linien auf Seiten des liberalen Koalitionspartners sehr rasch erreicht sein.

Der Koalitionsvertrag der derzeitigen Bundesregierung ist da allerdings ernüchternd. Die ökosozialer-Transformation als ihr großes Zukunftsprojekt zielt vor allem auf die Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels – dies aber unter den herrschenden, und nicht in Frage gestellten, Bedingungen einer im Kern nach wie vor neoliberal geprägten ökonomischen Globalisierung. Man wolle, so ist dort zu lesen, *die moderne Arbeitswelt gestalten, dabei berufliche Chancen ermöglichen sowie Sicherheit und Flexibilität in Einklang bringen.* Die darauf folgenden Unterabschnitte zu *Aus- und Weiterbildung* sowie zu *Arbeitszeit und Arbeitsort* umfassen fast schon die Hälfte der sieben Seiten zum Thema Arbeit. Es geht um proaktive Anpassung an die Herausforderungen der weiteren Digitalisierung von Arbeit. Die folgenden Abschnitte zu *Selbständigen* und zu *Soloselbständigkeit*, zum *Mindestlohn*, *Mini- und Midijobs*, *haushaltsnahen Dienstleistungen*, *Befristungen*, *Arbeitnehmerüberlassung* und *Ar-*

¹⁷ Ich bin mir vor diesem Hintergrund bewusst, dass ich dort, wo ich über Arbeit und Demokratie nachdenke, anschließend an Arendt zugleich kritisch gegen sie weiter denken muss. Für sie nämlich war die heteronome Sphäre von Arbeit und Wirtschaft direkter demokratischer Gestaltung nicht zugänglich – anders als der klassische öffentliche Raum der Politik. Nur demokratische Rahmensetzungen schienen ihr möglich. Man kann aber bei ihr selbst, z.B. in ihrem Denktagebuch, durchaus Formulierungen finden, die bereits klar über diese strikte Trennung hinausweisen (Martens 2008 und 2020b, 106-113).

beitskräftemobilität zielen darauf, Auswüchsen bisheriger Flexibilisierung und Entgrenzung von Arbeit mit sozialstaatlichem Anspruch entgegenzusteuern. Erst danach gibt es eher knappe Ausführungen zu *Tarifautonomie, Mitbestimmung aber auch zu digitalen Plattformen* und zuletzt ganz knapp zum *Arbeits- und Gesundheitsschutz*. Digitale Plattformen werden als *eine Bereicherung für die Arbeitswelt* bezeichnet. *Gute und faire Arbeitsbedingungen* seien deshalb *wichtig*. Bestehendes Recht solle überprüft und die Datengrundgrundlagen sollen verbessert werden - im *Dialog mit Plattformanbietern, -Arbeitern, Selbständigen sowie Sozialpartnern*. Aktuelle gewerkschaftliche Forderungen nach einer Ausweitung von Mitbestimmungsrechten – im Betrieb und vor allem auch auf Unternehmensebene - kommen nicht vor. Auch gibt es in Bezug auf das weite Feld der im Zeichen der Dekarbonisierung anstehenden ökonomischen Transformation keine Überlegungen zu Beteiligungsansätzen, anders als dort, wo es um weitere Flexibilisierung von Arbeit geht, für die unter dem Begriff der „Experimentierräume“ angemessene Möglichkeiten gefunden werden sollen. Für die Ampelkoalition ist es vermutlich schon ein großer Schritt gewesen, die FDP auf eine geradezu bedingungslose Unterstützung von Tarifautonomie und Mitbestimmung im Sinne bestehender Normierung festzulegen.

Andererseits werden im Koalitionsvertrag in Kapitel II unter der Überschrift *Moderner Staat, digitaler Aufbruch und Innovationen* unter anderem die Stichworte *Bürgerbeteiligung* (Zeile 150-151) und *Bürgerräte* (Zeile 211-216) genannt. Sie sind den Koalitionsparteien wichtig für den raschen Aufbau der erforderlichen Infrastrukturen. Frühe Bürgerbeteiligung diene der Beschleunigung der dazu erforderlichen raschen Entscheidungsfindungen, heißt es da. Ganz im Sinne der Vorstellungen von *Mehr Demokratie e.V.* soll also im ‚klassischen‘ Raum bürgerlicher Öffentlichkeit Demokratie durch Beteiligung gestärkt werden. Diese ‚Zweiteilung‘ ist für unser Denken geradezu selbstverständlich geworden. Für die Sphäre von Arbeit und Wirtschaft, also dort, wo das Potenzial für Formen solcher direkten Beteiligung zum Zwecke der Nutzung des Laien-Experten-Wissens der Arbeitenden am größten ist, fehlen jegliche Überlegungen in dieser Richtung. Hier herrschen eben Elizabeth Andersons (2019) *private Regierungen* – in Deutschland analog zur Form der konstitutionellen Monarchie des 19. Jahrhunderts immerhin partiell eingeschränkt (Negt/Kluge 1972).

Dieser Exkurs ist mir wichtig, weil hier das Laien-Experten-Wissen der Arbeitsbürger*innen besonders ausgeprägt ist und deshalb ein für nachhaltige Transformationsschritte unverzichtbares Potenzial darstellt. Doch in der privatwirtschaftlich verfassten Sphäre der Wirtschaft sind gegen eine Stärkung individueller wie kollektiver Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte besonders große Widerstände zu erwarten. Denn deren Konsequenzen für die sogenannte Marktfreiheit, die in liberaler Denktradition geradezu als Kern politischer Freiheit angesehen wird, könnten unabsehbar sein. Genau darum aber, wie Freiheit und Verantwortung im politischen Prozess unserer Gesellschaften in eine nachhaltig stabile Balance gebracht werden können, wird es gehen; und eben hierfür wird sich in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft viel lernen lassen. die Nutzung und Stärkung der *kollektiven Klugheit des Souveräns* (Lübbe-Wolff 2023) wird gerade in dieser noch privatwirtschaftlich verfassten Sphäre

wichtig werden. Erste Schritte dazu sind möglich, ohne dass man diese öffentlich überaus bedeutsame Sphäre damit sogleich ihren privatwirtschaftlich geprägten Charakter nimmt. Sie dürften allerdings Impulse für weitergehende Veränderungen auslösen. Widerstände dagegen werden entsprechend groß sein.

6. Krise und Normalität, die Macht der Gewohnheit und die Mühsal einzelner Veränderungsschritte

Soweit diese Überlegungen. Aber welchen Stellenwert können sie praktisch gewinnen in einer Zeit, in der noch immer eher das Weiter-so den herrschenden Politikbetrieb prägt. einer Zeit in der eher der grassierende Rechtspopulismus weiter wachsenden Zulauf gewinnt? Von wo her sind wirkliche Veränderungsimpulse zu erwarten, wenn Sozialdemokratie und Gewerkschaften sich im Wesentlichen im Rahmen einer liberalen Variante eines Grünen New Deal bewegen, der bei allen Modernisierungsbemühungen weit davon entfernt ist, Grundstrukturen der kapitalistischen Ökonomie in Frage zu stellen? Wie sollen sie möglich werden, wenn wir gegenwärtig beobachten müssen, wie in einer Regierungskoalition, in der der Koalitionspartner, der nachdrücklich gefordert hatte, Politik *von hier an anders* machen zu wollen, zunehmend in die Defensive gerät – im parteipolitischen Streit, wie auch ich der medialen Berichterstattung, weil dies als erstes voraussetzen müsste, die massiven Krisendrohungen, die sich zunehmend bedrohlicher vor uns auftürmen, endlich ernst zu nehmen?

Und woher sollen Vorstellungen für wenigstens erste Lösungsschritte kommen, wenn eine in ihrem Mainstream spezialdisziplinär auf die Analyse dessen, was ist, orientierte Sozialwissenschaft – sie so zugleich auf die Macht der darin gleichsam autologisch wirksamen Prozessstrukturen hervorhebt – zwar die Krisenhaftigkeit der Zeit erkennt, das Nachdenken über dagegen ja vielleicht doch denkbare Handlungsansätze aber bestenfalls mit größtem Zögern als ihre Aufgabe ansieht. Wenn so zum Beispiel der eher systemtheoretisch orientierte Soziologe Arnim Nassehin (2022) in einem Kommentar zur Krisenhaftigkeit der Zeit schreibt:

das krisenhafteste ist, dass die Krisen etwas sichtbar machen, das ohnehin latent zur Struktur moderner Gesellschaften gehört – und dies ist tatsächlich die unheilbar knappe Kalkulation an den Schnittstellen der Gesellschaft und unserer Lebensformen,

dann hat er ja immer schon vor aus seiner Sicht *unheilbaren* Bedingtheiten der herrschenden gesellschaftlichen Strukturen kapituliert. Er kann dann lediglich noch über schwindende Spielräume klagen, die bisher den Vertrauensvorschuss für gelungene Alltagsroutinen in einer Welt gewährleisten konnten, *die mehr verbirgt als sie vorzeigt*. Die Herausforderung zu einer Aufklärung über dieses Verborgene scheint sich nicht ernsthaft zu stellen. Allenfalls wird noch konstatiert, dass auch die *gute alte Kapitalismuskritik* oder eine *gepflegte Kulturkritik* keinerlei *utopischen Auswege formulieren können*.

Derzeit richten sich die Hoffnungen im Mainstream meiner Sozialwissenschaften, wie auch im herrschenden Politikbetrieb, also darauf, dass sich in der EU immerhin ein eher liberales Projekt kapitalistischer Modernisierung durchsetzen könnte – gegen die rechtspopulistischen Versprechen auf Scheinlösungen, die aktuell Zulauf gewinnen, obwohl sie absehbar krisenverschärfend wirken würden. Die so noch mehrheitlich erhofften Formen der Krisenbearbeitung laufen mithin darauf hinaus, den Status quo ante als alte und zugleich neue Normalität wieder herzustellen – und die Menschen mit radikalen Transformationsvorstellungen nur nicht zu überfordern. Damit aber droht uns, in den Worten, die Walter Benjamin schon vor ca. neunzig Jahren für dieses Problem gefunden hat, *dass es – jedenfalls mehr oder weniger - ‚so weiter‘ geht, und dass eben dies die Katastrophe (ist).*¹⁸

Nun ist, wie einleitend umrissen, der Übergang von den neuen, inzwischen alltäglichen Krisenerfahrung der Menschen zum ‚Kairos‘ eines Neubeginns in der Tat höchst unwahrscheinlich. Viel eher werden die zunächst eher diffus begriffenen neuen Herausforderungen in einer *Welt, die mehr verbirgt als sie vorzeigt*, in den gewohnten Alltag zu integrieren versucht – und zugleich richtet sich die Hoffnung der Menschen darauf, in nicht allzu ferner Zeit in diesen gewohnten Alltag zurückkehren zu können. Es gilt also, darüber nachzudenken, ob sich neue Ansatzpunkte für die Entstehung eines anderen, kritischen Bewusstseins finden lassen, die Möglichkeiten zur Entfaltung von längerfristigen Prozessen einer Art progressiver Transformation eröffnen. Darauf, und auf einzelne Schritte, die dazu führen könnten, ist meine bisherige Argumentation in diesem Essay ja hinausgelaufen. Verbunden damit ist die Vorstellung, dass auf diesem Weg schließlich die Stärkung und Bündelung gesellschaftlicher Kräfte gelingen könnte, die in der Lage wären, ein gewöhnlich stets nur kurzzeitig geöffnetes Fenster der Gelegenheit für einen sich verbreiternden gesellschaftspolitischen Diskurs zu nutzen, aus dem heraus langfristige gesellschaftspolitische Veränderungsprozesse erwachsen könnten, die dann dauerhaft von so etwas wie einem „Wir“ getragen würden, das nur aus einem zunehmend stärker vernetzten Zusammenhandeln von Vielen heraus entstehen kann. Das freilich ist leicht dahingesagt. Denn zu bedenken ist, dass es jenes kollektive „Wir“, von dem ja oft gerne die Rede ist, empirisch zunächst einmal nicht gibt.

Sehr schnell ist man an diesem Punkt bei Überlegungen, wie sie Hannah Arendt oder Albert Camus formuliert haben. Arendt (1993,32f) hat gegen die Einsicht, dass *objektiv und von außen gesehen (,,) die Chancen, dass der morgige Tag genau so verlaufen wird wie der heutige, immer überwältigend sind* im Hinblick auf die soziale Wirklichkeit auf *das Wunder der Freiheit* im Raum der Politik gesetzt. In diesem Zusammenhang hat sie darauf verwiesen, dass sich im Verlaufe der gesamten physikalischen, chemischen und biologischen Evolution immer wieder Neues ereignet hat, *unberechenbar und letztlich kausal unerklärbar, eben wie (sich) ein Wunder in den*

¹⁸ Anschließend an dieses Zitat aus seinem Passagenwerk– dort notiert unter *Erkenntnistheoretisches, Theorie des Fortschritts* schreibt dort Benjamin weiter *Die Katastrophe – die Gelegenheit verpasst zu haben; der kritische Augenblick – der Status quo droht erhalten zu bleiben; der Fortschritt – die erste revolutionäre Maßnahme.*

Zusammenhang berechenbarer Verläufe hineinereignet. Im Prozess unserer sozialen Evolution, die als so etwas Neues seit vergleichsweise äußerst kurzer Zeit aus einer schon mehrere Milliarden Jahre währenden biologischen Evolution hervorgegangen ist, ist es dann die Frage, ob es uns gelingen wird, den zivilisatorischen Prozess unserer Menschwerdung angesichts des *Abgrunds der Freiheit*, der da vor uns liegt, zukünftig bewusst zu gestalten. Mit Albert Camus (1957) würde dies es erforderlich machen, dass wir Menschen *die grenzenlose Angst der* (potenziell) *Freien* zu überwinden vermögen.

Man könnte in diesem Zusammenhang auch auf einen zutiefst skeptischen und eher konservativen Autor zu verweisen, dessen Bücher in den 1980er Jahren weltweit millionenfach verkauft worden sind, nämlich auf Stanislaw Lem. Der ist zu seiner Zeit nicht nur als Sciencefiction-Autor, sondern auch als Technikexperte, ja Technikapostel weithin anerkannt gewesen. Wie er selbst gesagt hat, ist er philosophisch Schopenhauerianer ¹⁹ und als solcher den westlichen Demokratien gegenüber zutiefst skeptisch gewesen ist. Das ist sicherlich kritikbedürftig. Aber er hat doch in seinem technikzentrierten Blick schon um die Mitte der 1980er Jahre *eine wachsende Destabilisierung im Weltmaßstab* prognostiziert – unter anderem deshalb, weil die *bestehenden und praktizierten Technologien in erster Linie für die Bedürfnisse der in rasendem Tempo betriebenen Rüstung ausgebeutet* werden und weil die diesen Wettlauf forcierenden Staaten ihre *selbst auf militärischer Ebene schon archaische Souveränität erbittert verteidigen*. Lem sah uns so gewissermaßen gefangen *in der Höhle der Zivilisation*. Dies allerdings ist ein Blickwinkel, den man als Gesellschaftswissenschaftler zurückweisen wird, weil man als solcher den *Prozess der Zivilisation* (Elias) als einen Prozess noch nicht ausgeschöpfter Möglichkeiten unserer weiteren Menschwerdung im Blick haben muss.

Um nicht weniger als darum geht es. Einleitend habe ich Frieder O. Wolf im Blick auf die ökologische Krise mit den Sätzen zitiert: *Die Aufgabe ist ebenso dringlich - wie unmöglich zu lösen. Und dennoch ist sie immer wieder anzugehen – und es ist dafür zu kämpfen, sie wieder lösbar zu machen. (...): Zugleich bleibt es möglich, eine Politik der Aufklärung zu betreiben, um auch die genannten Herrschaftsstrukturen konkret und wirksam politisch zu thematisieren(...) und dies auf eine Weise, welche die ideologischen Filterblasen durchbricht.*

Dahinter steht die Einsicht, dass sich in Bezug auf die Klimakrise zeigt, dass eine ökonomisch verkürzte Krisenwahrnehmung und Bearbeitung keine nachhaltigen Lösungen produzieren kann. Es bedarf vielmehr, letztlich auch einer Politisierung und Veränderung von Lebensweisen, also von eingeschliffenen Routinen, von einer Konsumorientierung, wie sie die herrschende Verwertungslogik zunehmend gestei-

¹⁹ Siehe dazu Sein Gespräch mit Stanislaw Beres über *Die Leidenschaft des Philosophierens* (Lem 1984). Siehe darin insbesondere das unter dem Titel *in der Höhle der Zivilisation* veröffentlichte Gespräch mit Stanislaw Beres, dem die folgenden Zitate entnommen sind.

gert aus sich heraus hervor treibt, vom blinden Vertrauen in einen stetigen technischen Fortschritt, der dies möglich und die dabei auftretenden ökologischen Folgeschäden letztlich schon beherrschbar machen soll. Es ginge weiter gegen die heute fast alles beherrschende Vorstellung einer technologisch stetig weiter zu forcierenden ökonomischen Effizienz darum, die ökonomisch unverzichtbare Logik der Kooperation der Arbeitenden viel stärker in Stellung zu bringen. An allen diesen Stellen wären die ideologischen Filterblasen zu durchbrechen.

All dies kann man sich nun aber, wie gezeigt, nicht als Übergang von alltäglicher Krisenerfahrung der Menschen zum ‚Kairos‘ eines Neubeginns vorstellen. Die Eigenlogik von als systemisch geworden beschreibbaren Prozessen sind nicht einfach in einem großen und befreienden Akt veränderbar. Sie ist mächtig. Auch jegliche aus einzelwissenschaftlicher Perspektive begründeten Eingriffsversuche, ökonomische, andere soziale oder auch einseitig technikzentrierte – wären zu ‚kurzatmig: Unsere Gesellschaften müssten der Komplexität der von uns selbst „losgelassenen Verzehrungsprozesse“ durch entsprechend komplexe Zugriffe entsprechen. Ein rasches Umsteuern ist, wie schon gesagt, höchst voraussetzungsvoll.. Es gibt selbstverständlich immer wieder historische Ereignisse, die so etwas wie ein Fenster der Gelegenheit öffnen können, das dann nur für begrenzte Zeit offen steht. Es gilt aber gerade dann Impulse zu setzen, die mittel- und längerfristig angelegte Veränderungsprozesse in Gang setzen können. Den einfach beim Schopfe zu fassenden, sozusagen gebrauchsfertigen‘ revolutionären Augenblick kann es nicht geben. Die Revolution ist, in den Worten Walter Benjamins die Notbremse. Die *erste revolutionäre Maßnahme* im *kritischen Augenblick* wäre also der Impuls in Richtung auf einen längerfristig umsteuernden Prozess. Sie kann damit aber kein Garant für eine tiefgreifende transformatorische Umwälzung sein, wie das Benjamins Formulierung vielleicht noch nahegelegt hat.

7. Eine kleine philosophische Reflexion zum Schluss

Ich denke dies ist eine brauchbare komprimierte und pointierte Sicht auf die die Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne im 21. Jahrhundert, so wie sich die mir gegen Ende von dessen erstem Viertel darstellt. Das gilt sowohl für die Einschätzung der höchst komplexen und zugleich zutiefst widersprüchlichen Beschaffenheit unserer zunehmend finsternen Zeiten, weiter für meine durch das philosophische Denken unserer Moderne geprägte Sicht darauf und schließlich für die durchaus ernüchterte Frage danach, wie praktisch eingreifendes Handeln in solcher Lage möglich sein kann. Philosophisch wären da für mich zu aller erst Namen wie Denis Diderot, Karl Marx *und* Friedrich Nietzsche, Albert Camus, Hannah Arendt oder auch Michel Foucault zu nennen. Aktuell habe ich das Bild einer Welt vor Augen, die in der Tat zunehmend aus den Fugen gerät, wie Günter Grass das kurz vor seinem Tod geschrieben hat. Ich habe zu Beginn meiner Überlegungen zugleich Frieder O. Wolfs *Radikale Philosophie* als den Versuch mit reflektiert, die philosophische Herausforderung des Eingreifens in den Gang der Dinge – gegen eine nach Kant und Aristoteles

für die Philosophen als die professionellen Repräsentanten des denkenden Ichs viel eher kennzeichnende *Stimmung zur Melancholie* (Arendt 1998,277) - in herausgehobener Weise in den Vordergrund zu rücken – und zwar sowohl hinsichtlich der Herausforderungen wie auch der Grenzen philosophischer Praxis.

Im Blick auf meinen persönlichen Weltbezug ermöglicht mir das Gelassenheit im Sinne der Arendtschen Formulierung, dass *der Wind des Denkens (...) sich nicht in Erkenntnis äußere, sondern in der –Fähigkeit Recht und Unrecht, schön und hässlich zu unterscheiden. Und diese könne – in den seltenen Augenblicken, in denen die Einsätze gemacht sind – in der Tat Katastrophen verhindern, zumindest für das Selbst. Das ist für Arendt eine Unterscheidung, entweder, mit Hegel, die Weltgeschichte als das Weltgericht anzusehen und dann im Anschluss an sein Denken, auch bei Marx; auf so etwas wie einen Fortschritt in dieser Weltgeschichte zu setzen, und so das letzte Urteil dem Erfolg zu überlassen, oder aber, mit Kant - und eben gleichermaßen mit Diderot, der alles andere gewesen ist als ein Repräsentant eines frühen ‚mechanischen Materialismus‘ -, auf der geistigen Autonomie des Menschen zu bestehen und sich insoweit *unabhängig davon zu machen, wie die Dinge nun einmal sind oder geworden sind.**

Aber Arendt hat sich ja nicht als Philosophin, sondern ganz ausdrücklich als Politikwissenschaftlerin verstanden. Als philosophisch fundierter Wissenschaftlerin ging es ihr zwar vor allem darum das politische Geschehen in der Welt zu verstehen, dies aber doch im Hinblick die Herausforderungen zu einer besseren politischen Gestaltung unserer Welt. Die nach Kant und Aristoteles für die Philosophen als die professionellen Repräsentanten des denkenden Ichs kennzeichnende *Stimmung zur Melancholie* hat sie sich deshalb nicht zu Eigen gemacht.

Es ist nur folgerichtig, dass sie am Schluss ihres vielleicht philosophischsten Buches *Vom Leben des Geistes* konstatiert, *dass den Philosophen stets die Notwendigkeit mehr“ „gepasst“ habe als die Freiheit, weil sie für ihr Geschäft einen inneren Frieden benötigt hätten, der wirksam nur gewährleistet werden konnte durch ein Hinnehmen der Weltverhältnisse* (Arendt 1998,421f). Sie aber hatte sich, wie sie im, Gaus-Interview gesagt hat, für die Freiheit entschieden. Ihr Buch endet nach der kritischen Untersuchung des Wollens im Denken von Philosophen, also *Kants „Denkern von Gewerbe“, die aus diese oder jene Art dem bios theoretikos verpflichtet sind und daher von Natur stärker dazu neigen, die „Welt zu interpretieren“ als „sie zu verändern“.* folgerichtig mit einem politikwissenschaftlichen Kapitel, in dem es ihr um die politische Freiheit zu tun ist, *die eindeutig eine Sache des Ich-kann und nicht des Ich-will ist* (Arendt 1998, 421 und 426). Also beschäftigt sie sich im Schlusskapitel des zweiten Buches von *Vom Leben des Geistes* unter dem Titel *Der Abgrund der Freiheit und der novus ordo saeculorum* mit diesem *Ich kann*. Hier äußert sie sich als Politikwissenschaftlerin und nicht mehr als Philosophin – entsprechend einer *Grundannahme dieser Untersuchung*, die sie bereits Am Ende des ersten Buches unter dem Titel *das Denken* formuliert hat. Dort schreibt sie:

Mit anderen Worten, ich bin eindeutig denen beigetreten, die jetzt schon einige Zeit versuchen, die Metaphysik und die Philosophie mit allen ihren Kategorien, die wir seit ihren Anfängen in Griechenland bis auf den heutigen Tag kennen, zu demontieren. Eine solche Demontage ist nur möglich, wenn man davon ausgeht, dass der Faden der Tradition gerissen sei und wir ihn nicht erneuern können. Historisch gesehen ist eigentlich die tausende von Jahren alte Dreieinigkeit von Religion, Amtsmacht und Tradition zusammengebrochen. Der Verlust dieser Dreieinigkeit zerstört nicht die Vergangenheit, und die Demontage selbst ist nicht destruktiv, Sie zieht nur Konsequenzen aus einem Verlust, der eine Tatsache ist und als solche nicht mehr Bestandteil der ‚Ideengeschichte‘, sondern unserer politischen Geschichte der Geschichte unserer Welt (Arendt 1998, 207).

Arendt bewegt sich hier, meines Erachtens ganz offenkundig, in größter Nähe zu dem Philosophen Frieder O. Wolf, und sie kommt zu einer vergleichbar radikalen Schlussfolgerung. Wolf hat in seiner *Radikalen Philosophie* dafür plädiert, der Philosophie selbst eine neue Funktion in Bezug auf Prozesse politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung zuzuweisen. Arendt, die Philosophie und Theologie studiert hat, erklärt sich aus vergleichbaren Erwägungen heraus zur Politikwissenschaftlerin, Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass Wolf jedenfalls auch Politikwissenschaftler ist, also letztlich stets eine multidisziplinäre Perspektive verfolgt hat. Beiden geht es darum, mit ihrem philosophisch fundierten Denken weiterführende Impulse für solche politischen Prozesse zu geben. Beiden bleibt dabei die Gelassenheit eines philosophischen Beobachters. Aber solche Gelassenheit ist die Haltung von Beobachtern die zweierlei unternehmen: Zum einen nehmen sie größte Anstrengung auf sich, um die Erkenntnis ihrer Welt auf der Höhe des wissenschaftlichen Wissens ihrer Zeit zu erringen – und zwar ohne jede spezialdisziplinäre Selbstbescheidenheit. Zum anderen arbeiten sie an der Entwicklung und Erprobung ihrer Urteilskraft derart, dass sie eine Art innerer Unabhängigkeit gegenüber Bedingtheiten weiteren Handelns in der so begriffenen Welt erringen. Eben eine solche Haltung ist ebenso auch für den literarischen Philosophen und philosophischen Literaten Albert Camus selbstverständlich gewesen, der das Weltgeschehen, mit dem wir nach seinem Verständnis mit unserer geradezu absurden Existenz verwoben sind, geradezu als ein *Possenspiel* begreift – und sein literarisches Schreiben als ein nochmals größeres (Camus 2012, 114).

Für Wissenschaftler*innen sind aus einer solchen Gelassenheit heraus stets zwei mögliche Formen von Praxis denkbar. Sie können sich strikt auf ihre Wissenschaftlerrolle beschränken. Sie können sich aber auch dazu entscheiden, ihre wissenschaftliche Arbeit in den Dienst der Gesellschaft zu stellen. Philosophisch bewegen sie sich im ersten Fall vielleicht in der Nähe von Denkern wie Schopenhauer oder Nietzsche – es sei denn sie sind überhaupt keine philosophischen Köpfe und stellen sich keine Sinnfragen, konzentrieren sich ganz auf ihre Wissenschaft - und *ignorieren* so als Intellektuelle und *Spezialisten der Reflexion ihre sozialen Antriebe*, wie Bourdieu (2005) schreibt. Ihm zufolge müsste man darin, insbesondere bei Sozialwissenschaftler*innen, einen *professionellen Fehler* sehen. Ihr Blick und ihre Leidenschaft

mögen dann ganz auf je spezifische Erkenntnisinteressen gerichtet sein. Sie würden aber deren gesellschaftlichen Kontexten und der eigenen Biographie, die nicht zuletzt durch diese Kontexte geprägt sein wird und sie zu ihrer Berufswahl geführt hat, wenig Aufmerksamkeit widmen. Die jeweilige eigene Karriere könne zugleich höheres Gewicht gewinnen. Sollte das so sein, werden manche in ihnen unter diesem Blickwinkel womöglich eher einen wenig sympathischen Zeitgenossen sehen. Eine dann im Einzelfall vielleicht naheliegende Zuschreibung wie ‚karrieregeil‘ könnte ja auch schwerlich sympathisch machen. Träfen Wissenschaftler*innen eine Entscheidung zu solcher Selbstbeschränkung hingegen eher philosophisch reflektiert, könnte man ihre Konzentration auf ihr Fach aus schlichtem wissenschaftlichem Ehrgeiz heraus, trotz begründbarer Kritik, vermutlich leichter respektieren.

Im Fall bewussten gesellschaftspolitischen Engagements wären solche Zeitgenossen aus meiner Sicht aber nicht einfach Wissenschaftler*innen, sondern sie stünden für die Figur des Intellektuellen, wie sie, Hans Magnus Enzensberger (1994) zufolge, von Denis Diderot, dem führenden Kopf der Philosophenfraktion der Französischen Aufklärung erfunden worden ist. Von solchen Intellektuellen gibt es heute allerdings sozusagen zwei ‚Sorten‘, wie Noam Chomsky (2017) dargelegt hat. Die einen stellen sich in den Dienst jeweiliger herrschender Eliten – in den liberalen Demokratien gewöhnlich in durchaus gutmeinender Absicht. Die anderen verstehen sich aus ihrer wissenschaftlichen Arbeit heraus herrschaftskritisch und verschreiben sich dem Ziel, einer Veränderung ihrer Gesellschaft zum Besseren immerhin zuzuarbeiten, wohl wissend, dass es ein fernes Utopia als Ziel solcher Anstrengungen nicht gibt, sie sich also, wie Camus gezeigt hat, einer Sisyphosarbeit verschreiben – oder als philosophische Literaten an einem noch größeren Possenspiel arbeiten als dem, dem sie ihr literarische Gestaltetes Bild anderer Möglichkeiten entgegen zuhalten suchen. Auch dann aber ist es ausgeschlossen, so haben das Oskar Negt und Alexander Kluge (1981) in ihrer Nachbemerkung zu *Geschichte und Eigensinn* allgemein formuliert, sich zu den Widersprüchen unserer Gesellschaft und unseres Lebens als bloßer Beobachter zu verhalten.

Zählt man sich zu dieser Gruppe von Intellektuellen hinzu, die also nicht auf ein prophetisch verkündetes Ziel hin orientiert ist, dessen Erreichbarkeit ihr gewiss ist, sollte man sich stets bewusst sein, dass alles gesellschaftspolitische Handeln, dem man zuarbeiten will oder an dem man sich, seinen eigenen Möglichkeiten gemäß, beteiligt, immer vom Risiko des Scheiterns bedroht sind. Man zieht das Motiv, das einen treibt, dann nicht aus einer wie auch immer gearteten, etwa säkularisierten religiösen Vorstellung sondern aus der Einsicht, dass es gilt, das eigene Leben als immer gesellschaftlich konstituiertes Wesen auch als Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft anzusehen, die es einem ermöglicht hat, es zu führen.

Verwendete Literatur:

- Anderson, E. (2019): Private Regierung. Wie Arbeitgeber über unser Leben herrschen (und warum wir nicht darüber reden), Berlin
- Arendt, H. (1958): Die Räte Ungarischer Revolution und der totalitäre Imperialismus, in: diess., In der Gegenwart. Übungen zum politischen Denken II, hgg. von U. Ludz, München/Zürich 2000, S. 73 - 126
- (1967): Vita Activa oder vom tätigen Leben, München (dt. Erstausgabe 1961)
 - (1974): Über die Revolution, München
 - (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, Hgg. von U. Ludz, München-Zürich
 - (1998): Vom Leben des Geistes. Das Denken. Das Wollen, München
 - (2002): Denktagebuch (hrsg. von U. Ludz und I. Nordmann, Zürich)
- Azzelini, D. (2014): Ein Epochenbruch. Die neuen globalen Proteste zwischen Organisation und Bewegung, in PROKLA, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S. 495-512
- Bourdieu, P. (2005). Die verborgenen Mechanismen der Macht, Schriften zu Politik&Kultur, Hrsgg. von M. Steinrück, Hamburg
- Camus, A. (2012): Der Mythos des Sisyphos, Reinbek bei Hamburg
- (1957): Heimkehr nach Tipasa, Mittelmeer-Essays, Zürich
- Candeias, M. (2023): Wir leben in keiner offenen Situation mehr. Die Entwicklungspfade sind umkämpft, aber viele Alternativen bereits verunmöglicht und Wege verschlossen, Luxemburg Gesellschaftsanalysen und linke Praxis, August 2023
- Candeias, M., Völpel, E. (2014): Plätze sichern! Reorganisation der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg
- Castoriadis, C. (2016): Die ungarische Quelle, in: ders.: Ungarn 56. Die ungarische Revolution. Ausgewählte Schriften, Band 7, hgg. von Gabler, A.; Halfbrodt, M.; Wolf, H., Lich/Hessen, S. 67-97
- Chomsky, N. (2017): Wer beherrscht die Welt? Die globalen Verwerfungen der amerikanischen Politik, Berlin
- Dahrendorf, R. (1997). An der Schwelle zum autoritären Jahrhundert, in: Die Zeit, 14.11.1997
- Dienel, P.C. (1997): Die Planungszelle. Eine Alternative zur Establishment Demokratie, Opladen
- Dörre, K. (2021): Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution, Berlin
- (2022): Das Zeitfenster Schließt sich! Krieg, Extremismus und die Utopie des Sozialismus, (erweiterte Fassung des Nachworts zur zweiten Auflage von Dörre, K. 2022), in: Sozialismus 4/2022, S. 16-23
- Enzensberger, H. M. (1994): Diderots Schatten, Frankfurt am Main
- (2002): Die Elexiere der Wissenschaft, Seitenblicke in Poesie und Prosa, Frankfurt am Main
- FNPA (2021): Corona und die Folgen für Arbeit und Demokratie. Mit welchen Risiken und Chancen hat die Pandemie die Arbeitswelt in Bewegung gebracht? Online-Workshop 10.11.09. 2021; www.fnpa.eu
- Fukuyama, F. D. (1989): The End of History? In: The National Interest, No. 16, Baltimore
- 1992): Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München
- Gabriel, M. (2015): Warum es die Welt nicht gibt, Berlin
- (2016). Ich ist nicht Gehirn, (2. Auflage), Berlin
 - Der Sinn des Denkens, Berlin
- Habermas, J. (2022): Ein Plädoyer für Verhandlungen, in: SZ, 15.02. 2023
- Habeck, R. (2021): Von hier an anders. Eine politische Skizze, Köln
- Huber, B. (2010): Kurswechsel für Deutschland. Lehren aus der Krise, Frankfurt/New York
- IG Metall Vorstand (2013): Ökonomie, Ökologie, Soziales Europa. Kurswechselkongress Berlin, 5. – 7. Dezember 2012, Frankfurt am Main

- IPCC-Sonderbericht (2022) Sonderbericht über Klimawandel, Desertifikation, Landdegradierung, nachhaltiges Landmanagement, Ernährungssicherheit und Treibhausgasflüsse in terrestrischen Ökosystemen
- ISF (2023): Real:Work 2023 – Transformation in Arbeit, Dokumentation
- Jungk, R.; Müllert, N. R. (1981): Zukunftswerkstätten, Hamburg
- keret, E. (2023): „Wir wollen einen Neustart“. Der israelische Autor Etgar Keret über Social Media, SDiskussionen um geköpfte Kinder, den Krieg in Nahost und die Unfähigkeit zu trauern, SZ 30. 11. 2023
- Kluge, A. (2022): Sieger ist nicht, wer die Schlacht gewinnt, Zeit-Online 05.03. 2022
- Kreye, A. (2023): Kontrollverlust. KIs zerlegen das Weltwissen; unser Erbgut, das Klima. Wer weiß, vielleicht finden sie bald eine Lösung für die Armut, einen Weg aus der Klimakrise. Oder sie berechnen, dass der Mensch überflüssig ist, SZ 17. 04. 2023
- Lem, S. (1984): In der Höhle der Zivilisation, in: Lem über Lem. Stanislaw Lem – Stanislaw Beres. Gespräche, Frankfurt am Main, S. 235-289
- (1984):Die Leidenschaft des Philosophierens, in: Lem über Lem. Stanislaw Lem – Stanislaw Beres. Gespräche, Frankfurt am Main, S.321-386
- Lesch, H.; Kamphausen K. (2016): Die Menschheit schafft sich ab. Im Griff des Anthropozän, München
- Lübbe-Wolff, G. (2023). Demophobie. Muss man die direkte Demokratie fürchten? Frankfurt am Main
- Manow, P. (2008): Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation, Frankfurt am Main
- 2020): (Ent)Demokratisierung der Demokratie, Berlin
- Martens, H.:(2003): Neue Formen sozialwissenschaftlicher Wissensproduktion in der ‚Wissensgesellschaft‘ und der Nützlichkeits- und Wahrheitsbezug der Wissenschaft, in: Katenkamp, O., Perter, G. (Hg.). Die Praxis des Wissensmanagements . Aktuelle Konzepte, und Befunde in Wirtschaft und Wissenschaft, Münster, S. 196-223
- (2008): Primäre und sekundäre Arbeitspolitik und Öffentlichkeit. zum Nutzen einer analytischen Unterscheidung in der Debatte um die Revitalisierung der Gewerkschaften, in: Lindner., U.; Nowak, J.; Paust-lassen, P. (2008): Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit , Festschrift zum 65. Geburtstag von Frieder Otto Wolf; Münster; S. 303-317
 - (2010a):Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
 - (2010b): Kurzweils Traum, www.drhelmutmartens.de
 - (2015) Enzensbergers „Elixiere der Wissenschaft“ – Reflexionen über wissenschaftlichen und sozialen Fortschritt, www.drhelmutmartens.de
 - (2016a): Refeudalisierung oder Überwindung des Kapitalismus? Am Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik – Hamburg
 - (2018): Neue Arbeit-Neue Wirtschaftsdemokratie. Gegen die „marktkonforme Demokratie für eine Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft, in: Demirovic, Alex (Hrsg.) Wirtschaftsdemokratie neu denken, Münster, S. 85-104
 - (2019): Vor der ‚Rückkehr der Zukunft‘, oder konfrontiert mit finsterner werdenden Zeiten? – wissenschaftliche, philosophische, literarisch verdichtende Perspektiven angesichts der Krise der Politik, in: Rahlwes, M.; Rudnick, T.; Tzanakis Papadakis, N. (Hg.): Philosophie und Kritik der Politik. Festschrift für F. O. Wolf zum 75. Geburtstag, Münster, S. 111-127
 - (2020a): Ich bin und ich habe mich nie, aber wir werden doch! Reflexionen aus Anlass von Markus Gabriels These, dass es die Welt nicht gibt – ein Essay, www.drhelmutmartens.de
 - (2020b): Arbeit und Demokratie. Die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft nicht nur praktisch-politisch sondern auch philosophisch fundiert neu denken, Dortmund
 - (2020c): Frühsozialismus trifft Spätkapitalismus – 12 Thesen
 - (2020d): Wo die ganze Gestalt der Dinge sich ändert. Annäherungen an Friedrich Hölderlin in Lyrik und Prosa, Dortmund

- (2021a): (2021b): Im Angesichts der Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne, in: spw, Heft 242, S. 88-96
 - (2021b): Gewerkschaften für *Sicherheit im Wandel* oder vor der Herausforderung zu einer *neuen Politik der Arbeit* angesichts ökonomisch-ökologischer Krisendrohungen. Ein Essay, www.drhelmutmartens.de, sozialwissenschaftliche Texte
 - (2022a): Albert Camus: philosophischer Literat, literarischer Philosoph und politisch engagierter Intellektueller – Überlegungen zu seiner existenziellen Philosophie
 - (2022b): Zeitenwende: Die Krise des demokratischen Projekts der moderne, Putins Krieg und die Suche nach dem Notausgang, www.drhelmutmartens.de
 - (2023a): Alt geworden – und wie nun weiter? www.drhelmutmartens.de
 - (2023b): In beunruhigender und unheimlicher Zeit. Gegen die „marktkonforme Demokratie“ den schwierigen Weg zur Demokratie als Lebensform wagen, Veröffentlichung in Vorbereitung
- Mayer-Ahuja, N. (2021): Demokratie in Zeiten der Digitalisierung? In: Schmitz, C.; Urban, H.-J. (Hrsg): Demokratie in der Arbeit. Eine vergessene Dimension der Arbeitspolitik? Jahrbuch Gute Arbeit, Ausgabe 2021. S.77-88
- Merkel, A. (2011): Pressestatement von Bundeskanzlerin Merkel und dem Ministerpräsidenten der Republik Portugal Pedro Passos Coelho, Berlin 01.09. 2011
- Moorstedt, M. (2020): Sie haben keine Wahl. Bei Werbung für Trump und Biden geht es um gezieltes Ausspähen jedes einzelnen Wählerprofils, in SZ, 28.10. 2020
- Nassehi, A. (2022): Knapp kalkuliert. Die unterschiedlichen Krisen zeigen gerade eines: wie stark in unseren komplexen Lebensformen alles auf Kante genäht ist, SZ 13.12. 2022
- Negt, O.; Kluge, A. (1981): Geschichte und Eigensinn, Frankfurt am Main
- Positionspapier SP Schweiz (2016): Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen, https://www.sp-ps.ch/sites/.../positionspapier_wirtschaftsdemokratie_definitiv_d_0.pdf
- PROKLA-Redaktion (2016): Der globale Kapitalismus um Ausnahmezustand, in: PROKLA, Heft 185: Ausnahmezustand: Barbarei oder Sozialismus, Heft 4/2016, S. 507ff
- Piak, R. (2005): Der „Epochenbruch“ im Kontext des neoliberalen Projekts. in: Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Reitzig, J.; Peter, G.; Wolf, F.O. (2006): Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft, Münster, S. 210 bis 227
- Roth, R. (2012): Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen, in: Forschungsjournal soziale Bewegungen, Heft 1/2012, S. 21-31
- Schirrmacher, F. (2013): Ego – Spiel des Lebens, München
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Reitzig, J.; Peter, G.; Wolf, F.O. (2006): Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft, Münster
- Rancière, J. (2002): Das Unvernehmen, Frankfurt am Main
- Schumacher, J.- (1978) Die Angst vor dem Chaos und die falsche Apokalypse des Bürgertums, Frankfurt am Main (Erstausgabe Paris 1937)
- Streeck, W. (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012, Berlin
- (2015): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Erweiterte Ausgabe, Berlin
- Therborn, G. (2022). The World and the Left, in. New Left review, 63. Jahrgang, Heft 137, S. 23-73
- Wagner, J. (2014): Ukraine. Showdown im postsowjetischen Raum, in: Sozialismus, 4-2014, S. 2 – 8
- Wallerstein, I (2010) Krise des kapitalistischen Systems – und was jetzt?, in: Wallerstein, I.; Müller, H. (2010): Systemkrise und was jetzt, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2010, S. 1-16
- (2014): Vergangenheit und Zukunft der Globalen Linken, in: PROKLA, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S. 601-621

- Werner, A. (2023): DIE LINKE – Hoffen auf ein Licht am Ende des Tunnels. Über eine Partei in schrittweiser Auflösung, in Sozialismus, Heft 1/2023, S. 33-38
- Wolf, F. O. (2001): „Selberausbeutung“ im Übergang wohin? – Überlegungen zur „Neuen Arbeit“ im Hinblick auf ihre gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten, in: Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit, Frankfurt am Main, S. 211-242
- (2002): Radikale Philosophie, Münster
 - (2012): Rückkehr in die Zukunft – Krisen und Alternativen. Beiträge zur radikalen Philosophie, Münster
 - (2020) Bleibt Mutig! Klimakrise. So gigantisch die Aufgabe scheint, sie muss angegangen werden, Der Freitag, 27.02. 2020, S. 14
- Zwicky, P.; Wermuth, F. (2018): die „wirtschaftsdemokratische Offensive“ der sozialdemokratischen Partei der Schweiz – eine Praxisnotiz, in: Berliner Journal für Soziologie (2018) Heft 28, S. 263-273